

**Dokumentation zur
Tagung der Nahost-Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin
30.6.-1.7.1990**

Veranstalter: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V.

INHALT

Vorwort

Vorstellung der einzelnen Gruppen:

Deutsch-Palästinensischer Frauenverein, Bonn

Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe, München

Berliner Förderkreis für sozioökonomische Projekte in der Westbank und im Gaza-Streifen, Berlin

Kölner Gruppe

Frieden für Israel und Palästina, Rastatt

Nahost-Gruppe, Berlin

Ellen Harms-Rohlf, Leer

Arabische Elternunion, Berlin

Michal Kaiser, Berlin

Kirsten Maas, Berlin

Alisa Fuss, Berlin

Vorstellung der konkreten Projekte:

Berliner Förderkreis: El Usra

Berliner Förderkreis: Ökonomie-Projekt

Vereinigung israelischer und palästinensischer Ärzte für Menschenrechte, Tel Aviv

Women's Organization for Political Prisoners, Tel Aviv

Deutsch-Palästinensischer Frauenverein: Säuglingsernährungs-Projekt

Berliner Missionswerk: Bericht aus Talitha Kumi

Diskussion vom Sonntag, dem 1.7.1990

Anhang

Presse-Erklärung der Jüdischen und der Nahostgruppe Berlin

VORWORT

Das Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V. hat in den vergangenen Jahren verschiedene Veranstaltungen zum Israel-Palästina-Konflikt durchgeführt. Auf diesen Veranstaltungen standen Informationen und Diskussionen über die Menschenrechtsverletzungen, die politischen Entwicklungen und Perspektiven zur Lösung des Konflikts im Mittelpunkt.

Die Tagung „Nahostgruppen in der BRD und Berlin“ vom 30.6. bis 1.7.1990 sollte neben der politischen Diskussion über den Konflikt besonders den Erfahrungsaustausch verschiedener politisch aktiver Gruppen ermöglichen. Die praktische Erfahrung in der politischen Arbeit der Nahost-Gruppen sollte deutlicher als bisher Ausgangspunkt der Diskussionen sein.

Die an der Tagung teilnehmenden Nahost-Gruppen unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung (jüdische, palästinensische, deutsche u.a. Mitglieder), in ihrem Selbstverständnis und den Zielgruppen ihrer Arbeit. Die Dokumentation zeigt die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten dieser Gruppen: alle wenden sich in ihrer politischen Arbeit gegen die Menschenrechtsverletzungen der israelischen Regierung und gegen die Besatzung. Bestimmte Gruppen unterstützen vorrangig die israelische Friedensbewegung, andere eher Basisprojekte in den besetzten Gebieten (ökonomische, Gesundheits-, Erziehungs-, Wohltätigkeitsprojekte), wieder andere suchen Wege und Formen einer gleichberechtigten jüdisch-palästinensischen Zusammenarbeit. Einige der Gruppen haben sich als Institutionen (Vereine etc.) organisiert, andere suchen noch nach einer Organisationsform. Von allen Gruppen und Einzelpersonen wurde der Wunsch nach einer besseren Vernetzung und intensiver Zusammenarbeit geäußert.

Wir hoffen, daß die Tagung und die Dokumentation ein erster Schritt in diese Richtung sind.

Weitere Informationen über Gruppen, Projekte und Vorhaben sind zu erhalten über die Koordinationsstelle für Palästina/Israel, c/o Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V., (neue Adresse?, gibt's die Koordinationsstelle noch?)

VORSTELLUNG DER EINZELNEN GRUPPEN

Deutsch-Palästinensischer Frauenverein Bonn

Der Deutsch-Palästinensische Frauenverein wurde vor fast drei Jahren gegründet, um konkrete Projekte in den besetzten Gebieten – in der Westbank und im Gaza-Streifen – sowie allgemein im Nahen Osten zu unterstützen. Besonders seit der Intifada haben wir uns auf die Westbank und den Gaza-Streifen konzentriert. Unsere Vorsitzende hat uns den Weg eröffnet, an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) heranzutreten, mit dem wir inzwischen ein Projekt abgeschlossen haben, das Nähzentrum in Ramallah, das wir zusammen mit der „Palastinian Federation of Women's Action Committees“ durchgeführt haben. Es ist uns gelungen, das BMZ dafür zu gewinnen und das Projekt erfolgreich abzuschließen.

Als nächstes haben wir mit dem Auswärtigen Amt Kontakt aufgenommen. Es ging um eine Soforthilfe für Medikamente und Kindernahrung wie Milchpulver etc. Uns wurden 20.000 DM bewilligt, von denen wir Medikamente und hauptsächlich Milchpulver kauften, das wir an fünf Krankenstationen im Gaza-Streifen verteilten.

Wir haben auch Frauen eingeladen, u.a. von der „Palastinian Federation“, mit Frauenorganisationen im Raum Köln, Bonn und Düsseldorf Kontakt aufgenommen sowie zu Gewerkschaftsfrauen und anderen interessierten Frauen. Auch sind wir an Politikerinnen herangetreten und haben nach deren Interessen gefragt. Mit den eingeladenen Frauen haben wir Veranstaltungen durchgeführt.

Zur Zeit arbeiten wir für ein kleines Projekt zur Marmeladenherstellung, für das uns ein Zuschuß vom BMZ bewilligt worden ist und das in diesem Jahr noch abgeschlossen werden soll. Dieses Projekt soll in Hebron, Ramallah und Jenin stattfinden. Es sind Kleinbetriebe, in denen jeweils sechs Frauen beschäftigt werden können. Die Frauen werden in Eigenarbeit produzieren und den Verkauf selbst organisieren. Dieses „Marmeladenprojekt“ ist zur Zeit noch nicht abgeschlossen, wir haben kleinere organisatorische Probleme, die jemand von uns vor Ort regeln muß. Es geht um technische Probleme, denn das BMZ verlangt, daß strenge Auflagen erfüllt sind, quittierte Rechnungen etc. Im Moment jedenfalls sind die Hindernisse, die wir überwinden müssen, bürokratischer Art. Mit einem Zuschuß, den unsere Vorsitzende zusammengebracht hat und für den wir Spielzeug, Tischchen und Bänke gekauft haben, haben wir auch einen Kindergarten eingerichtet. Für die Zukunft planen wir ein Kinderernährungsprojekt. Doch können wir einen neuen Antrag beim BMZ erst nach Abschluß des laufenden „Marmeladen“-Projekts stellen. Es wird also noch bis zum nächsten Frühjahr dauern, bis wir wissen, ob das BMZ uns das neue Projekt bewilligt.

Außer dieser Projektarbeit machen wir Veranstaltungen in größerem und kleinerem Rahmen. Ende dieses Jahres wollen wir uns an eine große Veranstaltung heranwagen. Es soll eine Kultur- und Informationsveranstaltung werden, keine politische, sondern eine rein folkloristisch-kulturelle.

Wir haben augenblicklich etwa 60 Mitglieder, von denen ein Drittel Palästinenserinnen sind. Der Rest sind Deutsche, die sich aus persönlichen Gründen mit dem Palästinaproblem beschäftigen. Bei uns arbeiten alle Mitglieder ehrenamtlich. Unsere Gruppe arbeitet hauptsächlich in Bonn, jedoch haben wir inzwischen auch eine aus etwa zehn Frauen bestehende Gruppe in Hamburg, die vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit sehr aktiv ist.

Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München

Ich muß gestehen, im Vergleich zu der Bonner Frauengruppe hat unsere Arbeit weit weniger praktische Aspekte. Doch jede Gruppe hat ihren eigenen Weg. Unsere Gruppe geht auf eine Begegnung mit Fuad Hamdan vor vier Jahren zurück. Nach zwei bis drei Jahren hatten wir Freundschaft geschlossen und fragten uns, ob wir nun etwas Formelleres organisieren sollten. Daraus ist unsere Dialoggruppe München hervorgegangen.

Bei unserem ersten Treffen haben wir lange darüber diskutiert, ob wir eine Gruppe mit Palästinensern, Juden und auch Deutschen machen sollen. Nach langer Diskussion sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß wir zumindest für den Anfang nur Juden und Palästinenser sein möchten, wegen der möglichen Ablenkung durch die deutsch-jüdische Problematik. Wir haben einen stabilen Kern von drei bis vier Mitgliedern von jeder Seite. Dazu kommen noch drei bis vier Personen, die sich zu der Gruppe bekennen, aber nicht immer kommen können. Wir treffen uns alle drei Wochen am Sonntagnachmittag in einer Art Familientreffen bei jeweils einem anderen Mitglied der Gruppe. Nach einer drei- bis dreieinhalbstündigen Diskussion essen wir gemeinsam, da der jeweilige Gastgeber durch die Spezialitäten unsere Traditionen widerspiegelt.

Am Anfang haben wir uns gesagt, daß wir uns besser kennenlernen und über die Themen sprechen wollen, die sehr diffizil sind. Denn es ist wichtig, wenn wir etwas zusammen machen wollen, eine Basis und einen Rahmen zu finden. Bisher sind solche Punkte wie Zionismus und die Geschichte der PLO sehr stark diskutiert worden. Auch sprechen wir jedes Mal über die aktuellen Zustände, was ebenfalls einen großen Teil unserer Begegnung ausmacht.

Wir haben eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen gemacht, entweder selbst oder mit anderen Münchner Gruppen zusammen, etwa mit dem Palestine Committee und zuletzt mit Gideon Spiro von Yesh Gvul und anderen. Der Titel dieser Veranstaltung war: „Israel-Palästina, wohin?“ Durch diese Veranstaltungen konnte wir Kontakte zu anderen Menschen knüpfen, die etwas Interessantes zu sagen haben. Konkrete Aktivitäten, bestimmte Projekte haben wir noch nicht organisiert. Wir wollten zwar einen Info-Stand mit den Frauen für Politische Gefangene (WOFPP) organisieren, doch das ist wegen schlechten Wetters verschoben worden.

In der Einladung an uns ist gefragt worden, ob es in der Gruppe Schwierigkeiten gibt. Wir sind uns in unserer Gruppen bestimmter Schwierigkeiten bewußt, und wenn sie auftreten, werden sie von uns diskutiert. Drei Punkte möchte ich hier kurz schildern: Eine Schwierigkeit betrifft den jüdischen Teil. Die offizielle jüdische Gemeinde in München ist nicht groß, sie hat etwa 5.000 Mitglieder, die unseren Aktivitäten ganz fern bleiben. Wir versuchen zwar, sie zu informieren, aber es gibt eine große Kluft, und es ist sehr schwierig, sie als Sympathisanten oder als Neugierige zu gewinnen. Die zweite, wohl unvermeidliche Schwierigkeit sind Verständnisschwierigkeiten innerhalb der Gruppe. Einerseits sind da die Ängste der Juden vor radikalen Tendenzen in der palästinensischen Befreiungsbewegung; und andererseits ist da die Wut der Palästinenser über die Politik der Bodenkonfiszierungen arabischen Lands, die Ungleichheit im Staatshaushalt, was die Ausgaben für die jüdische und die arabische Bevölkerung innerhalb Israels angeht. Wir sind uns bewußt, daß diese beiden Komplexe sehr wichtig sind, aber irgendwie kommt es sehr oft zur Vermischung dieser Themen, und dann kommt es auf einer sehr emotionalen Ebene zu Schwierigkeiten. Die letzte Schwierigkeit ist, daß alle Mitglieder der Gruppe wegen ihrer Berufstätigkeit viel zu wenig Zeit haben, um mehr zu tun.

Berliner Förderkreis für sozioökonomische Projekte in der Westbank und im Gaza-Streifen

Wir haben kurz nach dem Beginn der Intifada angefangen zu überlegen, wie wir dem palästinensischen Volk helfen können. Es ging ganz konkret damit los, daß sich ein Teil der hier in Berlin lebenden Palästinenser zusammengesetzt und konkrete Hilfsmaßnahmen überlegt hat. Wir haben sehr lange diskutiert, wie humanitäre Hilfe aussehen, in welche Form sie gebracht werden kann. Die Diskussionen fingen beim Milchpulver an und gingen bis zu den politischen Ereignissen Ende 1987-Anfang 1988. Wie man sich vorstellen kann, gab es sehr starke, heiße und emotionale Diskussionen unter den Palästinensern, die auch von den verschiedenen, hier in der Stadt vertretenen politischen Strömungen geprägt waren.

Ich kam nach einer privat unternommenen Gruppenreise in die Westbank durch persönliche Betroffenheit zu dieser Gruppe. Die Gruppe bat mich als Deutsche, für diesen Verein tätig zu werden, damals waren in dieser Gruppe kaum Deutsche. Bei der Gründungsversammlung wurde ich gebeten, den Vorsitz zu übernehmen. Wir haben sehr lange gebraucht, um uns die Vereinssatzung und den Zweck des Vereins zu überlegen, und sind zu dem Schluß gekommen, daß der Vereinszweck materielle, humanitäre und ideelle Unterstützung für die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten sein soll. Das ist für einen kleinen Verein ein sehr hohes Ziel.

Wir haben auch im einzelnen festgelegt, was wir unterstützen wollen. Erstens landwirtschaftliche Projekte und Initiativen, die sich in Palästina im Zug der Intifada entwickelten, um die Selbstversorgung der Bevölkerung und die ökonomische Infrastruktur in der Region zu verbessern. Zweitens in den Flüchtlingslagern kleine Handwerksbetriebe und -Initiativen und Frauenausbildungsprojekte. Drittens Projekte für Jugendliche und schließlich medizinische Einrichtungen. Im übrigen hoffen wir, daß wir einen Schneeballeffekt auf andere Gruppierungen hier in Berlin haben werden.

Es war ein mühseliger Prozeß. Der Verein wurde gegründet, wir haben die Gemeinnützigkeit, das heißt, wir können Spenden sammeln und Spendenbescheinigungen ausstellen. Heute hat der Verein zwanzig Mitglieder, zunächst waren es ausschließlich die Gründungsmitglieder, inzwischen haben wir auch einige Mitglieder aus der Jüdischen Gruppe Berlin. Als wir in Verlegenheit waren, was wir mit unseren nichtvorhandenen Finanzmitteln und kleinen personellen Kapazitäten eigentlich tun können, kam im Fernsehen ein Bericht über El Usra in Ramallah. Wir haben bei ihnen angefragt, was wir für die Familien, deren Männer und jugendliche Söhne im Lager sind, tun könnten, wir wollten den Kindern und Frauen helfen. Man schickte uns die Unterlagen von 50 bedürftigen Familien, teils mit Photos. Wir haben uns die Unterlagen angeschaut und beschlossen, damit fangen wir an. Man hatte uns gesagt, man könne einer Familie mit 50 Dollar im Monat das Überleben ermöglichen. So haben wir denn angefangen – das war keine kleine Arbeit –, hier in Berlin nach Spendern zu suchen, die uns regelmäßig 100 DM/50 Dollar als Soforthilfe für die Familien in Ramallah zur Verfügung stellen können. Für die, die es nicht wissen: Es gibt in Berlin unglaublich viele Palästinenser, die Pizzerien betreiben, 60% der „italienischen“ Pizzerien gehören Palästinensern. Wir haben uns also an die so dankbare wie anstrengende Aufgabe gemacht, uns durch sehr viele Pizzerien durchzuessen und zu diskutieren, bis wir an die hier lebenden Palästinenser 25 Familien in Ramallah in „Dauerpatenschaften“ vermittelt hatten. Das war nicht leicht, denn die Zahlungen müssen regelmäßig sein. Doch es ist uns gelungen, dieses Jahr 20.000 DM nach Ramallah zu überweisen. Das Geld geht über eine Londoner Bank und ist jeweils in ein bis zwei Wochen in Is-

rael. Das ist die Initiative, die läuft und auf die wir nicht wenig stolz sind. Wir haben zwar noch 25 Familien zu „verteilen“, aber das wird uns auch noch gelingen. Ich hoffe es jedenfalls.

Des weiteren beabsichtigen wir, bei der EG einen Antrag zur Unterstützung eines landwirtschaftlichen Projekts zu stellen, das sich mit der Bepflanzung und in fünf Jahren mit der Ernte von Aprikosenbäumen in der Westbank befaßt. Es soll auf sehr viele kleine Unternehmen verteilt werden, die dort die Bäume anpflanzen. Wenn es dann zur Ernte kommt, wird daraus auch Marmelade gemacht werden können, und daran sind dann auch einige Frauenprojekte beteiligt. Das Projekt heißt PARC und ist über die ganze Westbank gestreut. Wir hier beantragen das Geld. Dazu haben wir aus Mitteln des Vereins sowie mit Unterstützung eines großzügigen Vereinsmitglieds im letzten Jahr zwei Studenten in die Westbank schicken können, die dieses Projekt vorbereitet haben. Und wir hoffen, daß uns die EG einen Teil dazugibt.

Zur Öffentlichkeitsarbeit möchte ich sagen, daß wir zu wenige Leute sind und sehr auf persönlicher Basis arbeiten, d.h. wir gehen in viele palästinensische Veranstaltungen. Mehr ist uns zur Zeit nicht möglich, weil wir alle nur nebenamtlich tätig sind und beruflich auch sehr viel zu tun haben.

Kölner Gruppe

Was in der Münchner Gruppe nicht geschieht, versuchen wir in einem schwierigen Dreiecksverhältnis zwischen Juden bzw. Israelis, Deutschen und Palästinensern, nämlich eine Gemeinsamkeit herzustellen. Es ist eine Zerreißprobe und wir haben große Schwierigkeit, dieses Vorhaben auszuführen.

Zur Geschichte: Es fing 1982 nach dem Libanonkrieg an. In der Melanchthon-Akademie fand ein Seminar statt, das vom DIAK, dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, organisiert worden war. Dort fanden sich Vertreter aller drei Gruppierungen zusammen. Wir beschlossen, in regelmäßigen Abständen bei uns zu Hause in den Familien zusammenzukommen. Ein Schlüsselerlebnis dabei war die Frage eines prominenten Palästinensers, der seit 1958 hier lebt und aus Jenin stammt, ob man ihm nicht dazu verhelfen könne, auch Juden kennenzulernen, er kenne keinen einzigen. Diese Frage fand ich wichtig, denn sie zeigte mir, daß es eine Bereitschaft für gegenseitiges Kennenlernen gibt. Dies hat dann auch funktioniert, und wir haben versucht uns gegenseitig kennenzulernen und uns zu informieren sowie über die verschiedensten Themen zu diskutieren. Gleichzeitig hat es aber auch Schwierigkeiten gegeben, bis hin zu Antisemitismusverdächtigungen und der Anschuldigung, wir Deutschen seien zu propalästinensisch. Andererseits hat es auch Palästinenser gegeben, die nur kurz einmal hereingeschaut haben und dann sagten, wir seien zu zahm und nicht radikal genug. So saßen wir Deutsche manchmal zwischen den Stühlen. Nach ein paar Jahren kam es dann zu einem Exodus unserer jüdischen Mitglieder, die eine eigene Gruppe gründeten – die bis heute existiert –, in der Juden und nichtjüdische Deutsche zusammenkommen, hauptsächlich aus Mischehen oder aus Mischehen stammend. Es gibt zum Glück noch Querverbindungen, manche kommen in beide Gruppen. Bis vor etwa zwei Jahren hat es große Schwierigkeiten mit unseren Diskussionen gegeben, die emotionalen Wogen gingen immer sehr hoch, bis wir uns zusammegesetzt und die ganze Angelegenheit versachlicht haben. Nun haben wir immer feste Themen, zur Zeit z.B. der Fundamentalismus – islamischer, jüdischer und christlicher – und sein Einfluß auf den Nahost-Konflikt.

Unser Problem ist, daß wir bisher zu kopflastig waren. Wir haben verschiedentlich kurze Ansätze zu praktischer Solidarität gemacht, was aber steckengeblieben ist. Am Rande hatten wir mit Hilfe des ökumenischen Begegnungszentrums aus Bückeburg einmal vier Palästinenserkinder bei uns auf der Schule. Oder wir schreiben Briefe an den israelischen Botschafter zugunsten inhaftierter Palästinenser. Aber das alles spielt sich eher am Rand ab.

Mein großes Anliegen hier ist, Wege zu finden, daß wir auch in die Praxis einsteigen. Ich stelle mir vor, daß man vielleicht ein Papier herausgeben könnte, in dem die verschiedensten Möglichkeiten praktischer Arbeit aufgelistet werden, in dem man ankreuzen kann, daß man ein bestimmtes Projekt unterstützen will oder, was ich für sehr wichtig halte, welche Dinge man tun kann, die *kein* oder kaum Geld kosten, damit auch diejenigen, die arbeitslos sind, sich daran beteiligen können. Beispielsweise vielleicht Briefe zu schreiben oder Protestaktionen zu veranstalten. Doch das sollte alles einmal systematisch aufgelistet werden.

Zum Abschluß möchte ich noch sagen, daß wir nach dem Exodus neue jüdische Mitglieder gefunden haben und weiter versuchen werden, dieses schwierige Dreiecksverhältnis durchzustehen.

Frieden für Israel und Palästina, Rastatt

Wir kommen aus Rastatt im Badischen, das liegt an der französischen Grenze zwischen Karlsruhe und Baden-Baden. Im Februar hat sich im Anschluß an eine Volkshochschulveranstaltung – einer Diskussion zwischen einem Palästinenser und einem Israeli über die Intifada im dritten Jahr – spontan eine Gruppe gebildet. Diese Gruppe hat die Vorstellung, daß es doch noch möglich ist, Israelis und Palästinenser an einen Tisch zu bringen. Da wir in Deutschland leben, sind wir Deutschen daran beteiligt, und sei es nur wegen unserer Geschichte, die auf beide Seiten bis heute in irgendeiner Weise negative Auswirkungen hat. Wir haben in unserer Gruppe keine Israelis und Palästinenser und sind nur Frauen. Ich finde die Erfahrungen in einer reinen Frauengruppe sehr positiv, bei uns läuft es sehr gut.

Wir waren schon seit Beginn der Intifada ein wenig aktiv, wir haben für die „Frauen in Schwarz“ eine Solidaritätsaktion mit Presse und Bild gemacht, die von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde. Anschließend waren wir zur DGB-Veranstaltung zum 1. Mai in Karlsruhe, wo wir einen Infostand hatten, aber gleichzeitig türkischen Salat verkauft haben, um die Leute dazu zu bringen, bei uns stehenzubleiben. Über den Magen funktioniert es eben manchmal! Es kamen auch einige Israelis und Palästinenser an unseren Stand, die auch länger blieben: zwei Israelis blieben sechs Stunden lang. In Diskussionen wurden wir gefragt, warum wir eine solche nicht auch in Karlsruhe machen – auf die Idee, es selbst zu machen, kam leider niemand; die Meinung war, wir seien dafür zuständig. Aber wir mit sieben Frauen können wir das einfach nicht leisten, in mehreren Städten zu arbeiten. Doch es würde uns sehr freuen, wenn wir kooperieren und in unterschiedlichen Städten zur gleichen Zeit ähnliche Aktionen starten könnten.

Zur besseren Information lesen wir das Buch von Simcha Flapan: „Die Geburt Israels, Mythos und Wirklichkeit“.

Wir haben inzwischen angefangen, mit der Informationsstelle Palästina, dem Deutsch-Palästinensischen Frauenverein in Bonn und dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK) zu kooperieren. Dann haben wir auch mit einer Gruppe zusammengearbeitet, die die Produkte von Najdeh vertreibt und ein großes Schaufenster mit einer ausgezeichneten Projektbe-

schreibung gemacht hatte. Wir haben das vermittelt, und jetzt läuft es von alleine weiter. Bei der Aktion im Februar mit der Volkshochschule wurden die Najdeh-Sachen im Schaufenster einer Buchhandlung ausgestellt. Am 5. Dezember werden wir eine Dichterlesung veranstalten und die Politik bewußt herauslassen, werden aber in demselben Buchladen wieder ein großes Fenster gestalten. Von der Informationsstelle Palästina wollen wir uns die Ausstellung über Frauen in der Intifada besorgen. Auch wollen wir über die Volkshochschule eine Tanzveranstaltung vorbereiten. Und wir haben Wandtafeln zum Thema: „Hundert Jahre Palästina-Konflikt“ erstellt. Wir haben viele Zukunftspläne. Durch meine frühere Mitarbeit im DIAK kenne ich sehr viele Referenten, so daß es uns möglich ist, viele Veranstaltungen zu gestalten.

Wir sind in der Hoffnung hergekommen, daß es sich lohnt, unsere Gruppe unter dem Namen „Frieden für Israel und Palästina“ einschreiben zu lassen, und wir wünschen uns auch eine überregionale Zusammenarbeit unter diesem Namen. Wir halten es für sehr wichtig, auszudrücken, daß wir Frieden in Israel und Palästina wollen, d.h. wir unterstützen die Zwei-Staaten-Lösung, aber keinerlei Extremismus.

Nahostgruppe Berlin

Wir haben im September 1989 hier in Berlin angefangen, es gibt jedoch immer noch die größere jüdische Gruppe, die schon 1982 aus dem Protest gegen den Libanonkrieg entstanden ist. Es war nur so, daß sich mit den Jahren und mit der Entwicklung der deutschen Politik die Interessen verlagert haben. Schwerpunkt der jüdischen Gruppe sind jetzt mehr die Probleme in Deutschland, beispielsweise die Wiedervereinigung und ihre Folgen. Die Nahostpolitik ist etwas unter den Tisch gefallen. Daher entstand der Wunsch, neben der jüdischen Gruppe eine Nahost-Gruppe zu gründen – mit Mitgliedern der jüdischen Gruppe, die daran interessiert sind, aber auch mit palästinensischen und ebenso mit nichtjüdischen deutschen Mitgliedern. Wir haben einen harten Kern von sieben bis acht Personen, die immer kommen. Unsere Mitgliederzahl beläuft sich auf ungefähr zwölf Personen und einige Interessierte, die, wenn sie mehr Zeit hätten, öfter kommen würden.

Nachdem ich die anderen Beiträge gehört habe, möchte ich feststellen, daß wir in dieser Konstellation keine Probleme gehabt haben. Ich persönlich bin auch gegen solche Begrenzungen. Wenn man sagt: Juden, Palästinenser, Deutsche, kommt es darauf an, welche Juden, welche Palästinenser und welche Deutschen. Niemand soll sich ausgeschlossen fühlen. Das entspricht meinen Interessen, ich wollte das schon früher. Früher habe ich in Stuttgart gelebt und kam zuerst zu dieser Arbeit durch einen Brief in der Frankfurter Rundschau, der mich sehr beeindruckte. Ich dachte, so müßte es eigentlich sein.

Es hat bei uns unterschiedliche Ansichten darüber gegeben, wie wir arbeiten wollten. Einige wollten eher Informationsarbeit; andere wollten Informationsarbeit und praktische politische Arbeit; andere wieder hatten nicht so viele Ansprüche und dachten, wir machen erst einmal und sehen dann, was dabei herauskommt. Nach meiner Einschätzung haben wir einen glücklichen Anfang mit einer Mischung aus Information und politischer Arbeit gemacht. Auch wir bearbeiten das Buch „Die Geburt Israels, Mythos und Wirklichkeit“ von Simcha Flapan. Und wir haben einen Basar veranstaltet, es hat auch früher schon Basare gegeben zur Unterstützung der Friedensbewegung in Israel. Im März zum Internationalen Frauentag hatten wir eine Demonstration zur Unterstützung der „Frauen in Schwarz“, an der 60 Frauen teilgenommen haben, jüdische, nichtjüdische, Palästinenserinnen und

Deutsche. Außerdem hatten wir auch größere Veranstaltungen zusammen mit der Internationalen Liga für Menschenrechte und mit dem Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz. Nach der Friedensdemonstration im Dezember 1989 in Israel hatten wir im Januar 1990 einen Diskussionsabend. Kürzlich haben wir auch einen Abend mit den AnwältInnen und JournalistInnen veranstaltet, die sich für die inhaftierten palästinensischen Frauen engagieren sowie letztlich auch diese Veranstaltung hier. Wir wollen sehen, wie wir in einem größeren Rahmen mit anderen weitermachen können. Ich möchte auch sagen, daß wir bis jetzt schon viele Anregungen gehört haben.

Ellen Harms-Rohlf, Leer

Im Grunde bin ich eine „Einzelkämpferin“. Ich habe seit 27 Jahren Kontakte nach Palästina. Zunächst über das Berliner Missionswerk, genauer gesagt über den Jerusalem-Verein. Ich habe eine Reihe palästinensischer Freunde und war 1967 kurz vor dem Juni-Krieg das erste Mal in Jerusalem, der Westbank und Jordanien. Ein Jahr später war ich in Israel, weil ich mir sagte, daß ich nun auch die andere Seite kennenlernen muß, die ich aber damals sehr schlecht kennengelernt habe. Dann kam bei mir aus familiären Gründen eine längere Pause. Seit 1986 bin ich wieder frei und habe Zeit und Kraft. Mit Schrecken habe ich 1986 bei meiner dritten Reise festgestellt, wie sich alles entwickelt hat und bin regelrecht geschockt wieder nach Hause gefahren. In dieser Zeit war ich in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, weil ich dieses Gespräch zwischen Christen und Juden sehr wichtig finde und sehr viel lernen und Kontakte zu Juden haben wollte. Vor einigen Jahren bin ich dort herausgegangen, weil ich die Einseitigkeit nicht mehr ertragen konnte, und habe erst einmal alleine vor mich hingewurstelt. Ich habe mich informiert, eine Menge gelesen, und jedesmal, wenn ich irgendwo mit dem Thema Nahost bin, dann nehme ich meinen Büchertisch mit, um den Leuten zu zeigen, daß es viele Informationen gibt, wenn man sie erhalten will. Dabei habe ich festgestellt, daß in unseren Medien so gut wie nichts über diese Problematik vorkommt. Um es etwas abzukürzen: Ich bin sechsmal in Israel gewesen, dreimal während der Intifada. Zum letzten Mal zur „time for peace“-Konferenz am Jahreswechsel 1989/90. Ich besitze sehr viel Dia-Material und habe auch aus vielen Büchern herausphotokopiert und die Ausstellung zusammengestellt, die hier zu sehen ist. Im Februar/März hatte ich diese Ausstellung in unserer Bücherei und auch Schulklassen dazu eingeladen. Es gab Resonanz in der Presse, ich habe aber sehr schlechte Erfahrungen mit ihr gemacht. Einiges kam entweder gar nicht, oder es ist verschlampt oder so gekürzt worden, daß genau das Gegenteil von dem herauskam, was ich geschrieben hatte, und ich auf Korrektur bestehen mußte. Dies war im Zusammenhang mit den „Frauen in Schwarz“. Ich konnte in Leer allein keine Demonstration machen, ich dachte, das sei Unsinn. Ich habe zwar mein Schild aus Jerusalem, doch die Leute würden nur mitleidig gucken und lachen, wenn sie mich dort sehen. Aus diesem Grund habe ich auf Rat von Alisa Fuss an die Zeitung geschrieben. Doch dort hat man etwa aus dem Satz: „Ich schreie auf für die jungen jüdischen Soldaten, die zur Gewaltanwendung gezwungen werden!“ folgendes gemacht: „Ich schreie auf für die palästinensische Jugend, die zur Gewaltanwendung gezwungen wird!“ Ich habe protestiert, unter einer derartig entstellten Zuschrift dürfe mein Name nicht stehen, und eine Korrektur durchgesetzt, in der ich dann noch inhaltlich einiges mehr unterbringen konnte, und zwar hatte ich geschrieben: „... ist nach starken Kürzungen ein nicht entschuldigbarer Fehler geraten, der korrigiert werden muß, weil sonst genau die Vorurteile, die ich abbauen möchte, wieder wachsen. Nicht die palästinensische Jugend

wird zur Gewaltanwendung gezwungen. Mit den jüdischen ‚Frauen in Schwarz‘ protestierte ich dagegen, daß die jüdisch-israelischen Jugendlichen gezwungen werden, als schwerbewaffnete Soldaten gegen wehrlose Zivilisten, meist Kinder, brutale Gewalt anzuwenden, mit oft tödlichem Ausgang.“

Aufgrund einer Veranstaltung der letzten Woche mit Georg Stein hatte ich einen Bericht geschrieben, der am Freitag dieser Woche immer noch nicht erschienen war. Er war einfach weg. Ich mußte intervenieren und nachdrücklich bitten, daß man den Bericht über diesen Vortrag über die Intifada bringt. Ebenfalls habe ich neulich zu einem Bericht in der Evangelischen Zeitung in Hannover geschrieben, wo es hieß: „... die Fürbitte – das Gebet – wird als Propaganda gegen Israel mißbraucht“.

Das „Ich schreie auf“ habe ich an zehn verschiedene Adressen geschickt, u.a. an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, die israelische Botschaft, nach Jerusalem und an den Landesrabbiner Brandt. Ich bekam Antworten vom Bundespräsidenten und vom Landesrabbiner Brandt in Hannover. So versuche ich immer wieder mit Briefen an wichtige Persönlichkeiten darauf aufmerksam zu machen, auch wenn dieses Thema tabu ist, daß es uns bewegt und daß ausgerechnet Deutschland einen so rechtsradikalen Staat in dieser Weise unterstützt.

Außerdem arbeite ich mit Felicia Langer zusammen, für die ich Vorträge vorbereite. Jetzt habe ich gerade Interviews mit drei deutschen Zeitungen vorbereitet: taz, Frankfurter Rundschau und Die Zeit. So versuche ich vor allem Informationsarbeit zu machen, auch mit meiner Ausstellung, die ich übrigens sehr gerne weiterverleihe.

Arabische Elternunion, Berlin

Die Arabische Elternunion ist ein Kulturprojekt, das es seit etwa zwei Jahren hier in Berlin gibt. Wir haben eine Schule für palästinensische Kinder, in der sowohl Arabisch-Unterricht als auch Nachhilfe in den regulären Schulfächern gegeben wird. Zur Zeit haben wir drei Gruppen mit je 12 Kindern. Nachdem bekannt wurde, daß das Diakonische Werk in Berlin-Moabit seine Gruppen schließen will, sind jetzt über 250 Kinder bei uns angemeldet. Außerdem haben wir eine Kulturgruppe mit Folklore und Theater sowie eine Mutter-, Frauen- und Mädchengruppe. Als Projekt sind wir auf Spenden angewiesen. Nachdem wir beim Berliner Senat dreimal einen Antrag gestellt hatten, ist jetzt endlich die Entscheidung für die Übernahme der Kosten für die Miete und einige Honorarkräfte gefallen. Im Kulturprojekt machen wir Seminare über Nahost und das Leben der Palästinenser.

Michal Kaiser, Berlin

Ich habe mich oft gefragt, wenn ich hier politische Aktionen gemacht habe, wie ich eigentlich meine politische Arbeit als Israelin in Deutschland verstehe. Es ist alles sehr konfliktgeladen, und ich habe in Israel oft zu hören bekommen: „Was machst du da, so etwas gehört nicht nach draußen, laß es hier in deinem Land.“ Nachdem ich die Beiträge der Gruppen gehört habe, sehe ich, daß die Schwerpunkte der Arbeit sehr unterschiedlich sind, und diese Vielfalt ist meiner Meinung nach auch sehr gut. Für mich sind zwei Fragen sehr wichtig, die ich hier kurz darstellen möchte. Erstens: Wohin soll ich meine begrenzten Kräfte richten? Ist es die Arbeit mit den betroffenen PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten, die jetzt im Vordergrund stehen sollte – wie etwa bei dem Förder-

kreis mit seiner ganz konkreten humanitären Unterstützung –, oder ist es meine Aufgabe als Israelin, hier das „andere Israel“ zu repräsentieren, d.h. die Friedensbewegung in Israel bekannt zu machen und ihrer Stimme hier Gehör zu verschaffen? Zu zeigen, daß nicht nur die Regierung Israel repräsentiert, sondern auch die Friedenskräfte? Will ich vor allem deren Aktivitäten unterstützen, bei denen es um die Formierung eines demokratischen Israel geht? Das würde aber bedeuten, daß ich weniger für die direkte Unterstützung der PalästinenserInnen tun kann. Und zweitens geht es für mich um die Frage: Sollte ich mich aufgrund der Situation der Flüchtlinge hier nicht in diesem Lande hier, in Deutschland einmischen? Dabei geht es auch um direkt vom jüdisch-israelisch-palästinensischen Konflikt Betroffene. Was also soll ich tun?

An den vielfältigen Zielen, die ihr hier dargestellt habt, sehe ich, daß jede Gruppe sich praktisch an etwas anderem orientiert. Bei der Münchner Gruppe steht der Dialog im Mittelpunkt, daher sind dort keine Deutschen beteiligt. Bei der Bonner Gruppe hatte ich den Eindruck, daß sie ein bißchen zuviel wollen. Andere wollen die palästinensischen Frauen unterstützen, da geht es um konkrete Hilfe für die Palästinenser. Bisher dachte ich, unsere Arbeit taugt wirklich etwas, aber wenn ich jetzt von Projekten höre, wie sie Geld sammeln und wie aktiv sie sind, dann bewundere ich das sehr und finde es toll, daß sie Geldquellen gefunden haben. Aber ich frage mich auch, ist das meine Aufgabe als Israelin? Darüber würde ich gerne einmal sprechen. Wie können wir unsere Arbeit hier verstehen? Was sind eigentlich unsere Ziele? Jeder mit seinen Eigenschaften. Ich bin Israelin, keine Palästinenserin. Mir geht es sehr um ein anderes Israel. Ich sehe ganz deutlich, wer die Opfer sind: betroffen sind die Palästinenser. Auf der anderen Seite liegt mir auch sehr viel daran, wie mein Land vom Ausland her betrachtet wird. Darüber wollte ich gerne hier diskutieren und eure Meinungen dazu hören, um herauszufinden, was *wir* als Israelis hier in Deutschland eigentlich tun wollen.

Kirsten Maas, Berlin

Ich habe mich vorhin schon kurz vorgestellt als eine von denen, die diese Veranstaltung hier und andere organisiert haben, denn seit einiger Zeit machen wir jedes Jahr zusammen mit Alisa Fuss eine Veranstaltung zum Nahost-Konflikt. Ergänzend sei noch hinzugefügt, daß die heutige Veranstaltung auf Wunsch unserer PartnerInnen zustandegekommen ist, die wir heute hierher eingeladen haben und mit denen wir immer in Kontakt stehen. Wir erwarten uns von euch auch ein Feedback, wie die Veranstaltungen besser laufen könnten. So stand unser erstes Symposium unter der großen Schlagwort „Dialog“, und in einem der Referate kam auch gleich heftige Kritik an dem Mythos um diesen Begriff. Eine andere Kritik war, daß wir uns nicht genug um Themen kümmern, die direkt die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten betreffen, daß wir sie nicht genügend selbst zu Wort kommen lassen oder es uns leicht machen und Israelis darüber sprechen lassen, die ja leicht reisen können.

Dazu möchte ich sagen, daß auch bei uns ständig Fortschreibungen stattfinden. Ich glaube, daß wir uns hier in der Bundesrepublik sehr stark an den intellektuellen Zentren in den besetzten Gebieten orientieren. Es bestehen Kontakte zur Universität in Ramallah. Aber sollten wir nicht auch mehr an die Flüchtlingslager denken? Im vergangenen Jahr waren wir bei einer Tagung von NGOs zum Thema, bei der es u.a. einen Vortrag über diese Fragen gab, wo die Prioritäten in der Solidaritätsarbeit gesetzt werden, ob es Kontinuität gibt oder die Projekte kurzzeitig unterstützt und dann wieder abgebrochen werden. Wo werden welche Partner ausgesucht, wie gehen wir mit der von ihnen

kommenden Kritik um, können wir sie verkraften oder gehen wir mit dem Projekt dann woanders hin? Diese Fragen sind auch für die Gruppen hier sehr wichtig.

Es ist schon kurz angesprochen worden, warum die konkrete Solidaritätsarbeit zu Israel/Palästina ein so unentwickeltes Thema ist. Das Dilemma besteht ja schon länger, schon seit ich mich damit befasse. Ohne das Verdienst der einzelnen Projekte jetzt schmälern zu wollen, habe ich ein schlechtes Gefühl. In den letzten Jahren hat sich als Ausweg die Unterstützung von konkreten Projekten abgezeichnet. Das ist eine sehr vielschichtige Arbeit und nimmt viel Kraft und Kreativität in Anspruch. Wenn man es aus einiger Distanz betrachtet, dann ist das, wenn auch in reduzierter Form, eine Art alternative Entwicklungshilfe, d.h. etwas, das eigentlich andere zu übernehmen hätten. Ohne die derzeit herrschenden politischen Verhältnisse würden diese Probleme nicht existieren, bzw. anders gesagt, wenn die Bundesregierung und die EG nicht die Politik machen würden, die sie machen, würden solche Projekte auf sehr viel breiterer Basis eine ganz andere Unterstützung finden. Statt dessen machen wir nun lauter Klein-klein-Initiativen, sei es aus eigenem Engagement und/oder zur eigenen Entschuldigung. Man übernimmt Arbeit, für die eigentlich andere zuständig wären.

Was ich dagegen als zukunftsweisend betrachten würde, wäre, unsere Kräfte in die Richtung zu potenzieren, daß wir meinungsbildend wirken, und zwar politisch meinungsbildend. Ich habe das schon mit unterschiedlichen Gruppen und Menschen versucht, aber es hat nicht geklappt. Doch das ist es, worauf wir uns vor allem konzentrieren sollten, neben der Unterstützung für konkrete Projekte: Daß wir es schaffen, uns soweit zu koordinieren, daß wir auf diese oder jene Institution auch politisch Einfluß nehmen können. Mit der Projektunterstützung wirkt man humanistisch – solange man Luft dazu hat, dann bricht es wieder ab, und vielleicht bilden sich wieder neue Gruppen. Doch das ist in meinen Augen keine Kontinuität, zumindest nicht bei Trägern, wie wir es mit unseren begrenzten Kräften sind.

Mein Vorschlag für die Diskussion wäre also, zu sehen, ob wir es in diesem Kreis schaffen, eine Koordination hinzubekommen, so daß wir auch nach außen hin, gegenüber Parteien und Institutionen, politisch wirksam werden können. Wenn wir unser politisches Selbstverständnis so definieren, wenden wir uns an andere Zielgruppen: die Parteien und Institutionen. Darüber sollten wir diskutieren. Das setzt aber voraus, daß jede Gruppe einen Ansprechpartner hat, und das scheint nicht bei allen so zu sein. Vor allem bei uns selbst nicht, denn eine Menge Arbeit lastet hier auf ein oder zwei Personen, die dann nicht automatisch auch Ansprechpartner sein können. Deshalb sollten die Vertreter der Gruppen, die hier sind, einen Vorschlag für ein oder zwei Personen machen, die gezielt für eine solche Aktivität anzusprechen sind. Es wäre sehr uneffektiv, wenn es nur einen Riesenbrei gäbe. Die Diskussion über Koordinierung und Zusammenarbeit ist für Sonntag vorgesehen. Ich möchte unterstreichen, daß sich Projektunterstützung und politische Arbeit keineswegs ausschließen. Man kann durchaus beides tun. Doch die Leute, die politische Arbeit machen, und zwar sachkundig, und die Leute, die die Projektarbeit machen, sollen es auch gut machen. Es gibt auch Gruppen, die ganz andere Akzente setzen, beispielsweise die Münchner Dialoggruppe. Doch auch dem widerspricht es nicht, daß wir uns koordinieren, um Informationen weiterzuleiten und Kontakte herzustellen. Nach allem, was ich hier gehört habe, bietet es sich an, so etwas wie einen Dachverband zu bilden, dessen einzelne Gruppen sich wie auch immer zusammensetzen, ob deutsch-israelisch, israelisch-palästinensisch oder deutsch-palästinensisch oder oder... Als Struktur

böte sich vielleicht an, daß einzelne Gruppen Projektarbeit machen, andere politische Arbeit und die dritten Pressearbeit. Das wäre jedenfalls mein Vorschlag.

Alisa Fuss, Berlin

Ich möchte mich dem anschließen, daß eines das andere keineswegs ausschließt. Ich glaube auch nicht, daß eine Gruppe nur Öffentlichkeits- oder politische Arbeit machen sollte, die andere nur Projekte. Ich glaube, wir sollten uns nach Möglichkeit dort beteiligen, wo unsere Kräfte hinreichen. Meiner Meinung nach sollten wir in der uns noch zur Verfügung stehenden Zeit überlegen, welches die Zielgruppen unserer Solidarität sind. Michal Kaiser hat angefangen, aber sie hat mit einem Fragezeichen für sich selbst angefangen. Ich möchte dies ohne Fragezeichen weiterführen: Ich würde denken, daß Ziel unserer Solidarität tatsächlich die Palästinenser sind. Doch die Solidarität kann sich nicht auf direkte Unterstützung für Projekte oder einzelne Palästinenser beschränken, so wichtig dies meines Erachtens auch ist. Wenn man politisch denkt, ist es ganz wichtig – das hat sich in der Geschichte von Befreiungskämpfen immer gezeigt –, im anderen Teil der Bevölkerung, in diesem Fall der israelischen, Menschen, Gruppen und Kräfte zu gewinnen, die im politischen Sinn auf dasselbe Ziel hinarbeiten. Nur so kann ich mir vorstellen, daß der Kampf der Palästinenser eines Tages Erfolg hat: Wenn es in Israel selbst eine Opposition gibt, die stark genug ist, um den bisherigen Nationakonsens zu erschüttern, und für die Zukunft mit den Palästinensern gemeinsame Pläne macht. Es gibt auch gegenwärtig schon Gruppen, die in gemeinsamen, gemischten Projekten zusammenarbeiten. Aber ich halte auch getrennte Gruppen auf israelischer und palästinensischer Seite für unterstützenswert. Die Frage, die Michal Kaiser gestellt hat, würde ich für mich so beantworten, daß ich alles unterstütze, was hier vorgeschlagen wurde, und natürlich auch die palästinensischen Flüchtlinge hier in der Bundesrepublik, konkreter: hier in Berlin.

VORSTELLUNG DER KONKRETEN PROJEKTE

Berliner Förderkreis mit El Usra

El Usra ist eine Wohltätigkeitsorganisation, die schon vor dem Sechstagekrieg, nämlich 1965 gegründet und als solche anerkannt wurde. Sie finanziert sich aus verschiedenen Quellen, hauptsächlich aus Spenden sowohl aus den seither besetzten Gebieten selbst als auch aus Israel, den USA und England. Die Organisation hat an ihrem Hauptsitz in Ramallah auch eigene Produktionsstätten geschaffen, z.B. wurden in beachtlichem Rahmen Biscuits verkauft. Zwar ist die Biskuitfabrik inzwischen von den Israelis geschlossen worden, doch im Rahmen von El Usra laufen weiterhin nicht nur rein karitative Projekte, sondern auch Produktionsinitiativen, z.B. Nähwerkstätten. Die Organisation leistet professionelle Sozialarbeit auf einem hohen Niveau.

Antworten auf Nachfragen zu unserem Patenschaftsprojekt Um Khalil, das mit El Usra zusammen durchgeführt wird:

1. Der Berliner Förderkreis ist sich bewußt, daß das Patenschaftsprojekt im Rahmen von El Usra wegen deren Traditionalität speziell in linken Kreisen umstritten ist. Doch El Usra ist in keiner Weise irgendwie korruptionsverdächtig.
2. Die Art der Werbung – ein Kind, das für die Unterstützung der Familie wirbt – mag kritikwürdig sein, sie ist spendenpsychologisch nach amerikanischem Vorbild aufgebaut und entzieht sich der Einflußnahme des Fördervereins. Uns kam es bei der Vermittlung vor allem darauf an, daß die Gelder auch wirklich bei den betroffenen Familien ankommen. Zudem ist El Usra eine Organisation, die in der Lage ist, auch ein mittelständisches, bürgerliches Publikum als potentielle Spender anzusprechen.

Die Kölner Gruppe hat sich bereit erklärt, für El Usra aktiv zu werden und Patenschaften zu übernehmen.

Ökonomieprojekt

Wir haben uns überlegt, daß wir neben dem rein karitativen Patenschaftsprojekt auch Produktionsinitiativen unterstützen, also auch ökonomische Entwicklungshilfe leisten wollten – ohne daß wir natürlich mit international operierenden Organisationen in Konkurrenz treten können oder wollten. Die Frage war für uns, wie wir so ein Projekt initiieren können. So sind wir zu zweit in die besetzten Gebiete gefahren und haben uns verschiedene Projekte angeschaut, um zu sehen, wo der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt, ob wir das Konzept für sinnvoll halten, ob es politisch sauber ist und wie es mit den Genehmigungen aussieht. Am Ende haben wir uns dann für ein Projekt entschieden.

Mein Eindruck generell war: Es gibt einige wenige große etablierte Gruppen, bei denen man ohne weiteres davon ausgehen kann, daß sie Erfahrung haben und in der Lage sind, auch größere Geldsummen dort hinzuleiten, wo es gebraucht und sinnvoll eingesetzt wird. Und es gibt andere, kleinere Gruppen, die erst im Entstehen sind, die zwar gleichfalls unterstützenswert sind, doch bei ihnen wird die Unterstützung eher in langem Atem und Kontakten bestehen, nicht in großen Geldsummen. Bei ihnen ist es wichtig, daß in irgendeiner Form über Jahre hinweg ein intensiver Austausch organisiert wird und daß sie moralische Unterstützung erhalten. Deutschen bzw. hiesigen Gruppen, die personell nicht in der Lage sind, solche intensiven Kontakte zu halten, möchte ich von der Unterstützung solcher Projekte eher abraten. Ich weiß z.B. von einer Frauengruppe, die jahre-

lang von einer Gruppe in Norwegen oder Schweden unterstützt worden ist. Fünf Jahre lang ist viel Geld in diese Frauenorganisation gesteckt worden, doch dann war der Träger so frustriert, daß sich nichts getan hatte, daß er die Unterstützung von einem Tag auf den anderen eingestellt hat. Das ist für mich ein Beispiel, wie es nicht gemacht werden sollte. Dagegen habe ich andere, positive Beispiele gesehen, in denen Gruppen mit kleinen Summen sehr lange gearbeitet haben.

Wer Interesse daran hat, mit Gruppen Kontakt aufzunehmen, dem würde ich empfehlen, sich mit dem internationalen Koordinationsgremium in Genf, das sich im Umkreis der UNO gebildet hat (ECCP oder ICCP, Anschriften am Ende dieser Projektvorstellung), in Verbindung zu setzen. Das ist eine Dachorganisation mit dem Ziel, die NGOs miteinander zu vernetzen bzw. dafür zu sorgen, daß nicht so sehr die Gruppen und die Betroffenen, sondern die Ziele erfolgreich sind. Ich erinnere mich auch an die Klagen von Leuten aus den besetzten Gebieten, daß Gruppen aus Europa mit der guten Absicht kommen, Geld zu spenden bzw. damit Projekte zu unterstützen, es dann aber meist einfach denen zukommen lassen, die den Mund am weitesten aufreißen bzw. die effektivste Pressearbeit machen, ohne darüber nachzudenken, was das eigentliche Interesse der PalästinenserInnen ist. Deshalb würde ich jedem, der Projektarbeit machen oder unterstützen will, raten, selbst in die besetzten Gebiete zu fahren. Es geht wirklich nicht von hier aus.

Um auf unser Projekt zurückzukommen: Wir haben von vornherein gesagt, wir wollten etwas Größeres machen, also nicht mit Kleckerbeträgen über lange Zeit diesen oder jenen Verein unterstützen. Wir wollten größere Beträge für ein Projekt sammeln, das entsprechend gut aussieht, das man also auch „verkaufen“ kann, um womöglich Unterstützung durch die EG dafür zu bekommen. Denn die EG ist durchaus dazu bereit, Gruppen mit einem gewissen Erfahrungsstand in ihren Projekten zu unterstützen. Voraussetzung ist, daß es ein ökonomisches Projekt ist, das Aussichten hat, irgendwann auch ohne Unterstützung leben zu können. Eine weitere Voraussetzung ist eine gewisse Professionalität. Einen ganz unbekanntem Verein würde die EG nicht unterstützen. Deshalb haben wir uns für PARC als Projektträger entschieden.

PARC (Palestinian Agricultural Relief Committee) ist der Dachverband der palästinensischen landwirtschaftlichen Selbsthilfegruppen, die über die ganze Westbank verstreut sind – auch in Gaza, soweit ich weiß, aber Schwerpunkt ist die Westbank. Sie haben sich in einem Dachverband mit Sitz in Jerusalem organisiert, und dieser Dachverband verfügt bereits über eine gewisse Professionalität: Er existiert seit zehn Jahren und hat mit Unterstützung von amerikanischen und europäischen NGOs, Kirchen usw. schon viele Projekte durchgeführt, auch schon Zuschüsse von der EG bekommen.

Wir haben uns nur den Projektträger ausgesucht, das Projekt selbst hat dann PARC ausgesucht, denn wir können uns nicht anmaßen zu sagen, was ein sinnvolles oder ein nicht sinnvolles Projekt ist. Uns wurde also ein Vorschlag unterbreitet. Grundgedanke dieses Projekts ist es, in der Westbank Produkte anzubauen bzw. herzustellen, die bisher aus Israel bezogen werden müssen, um sich von der israelischen Wirtschaft unabhängig zu machen und den Bauern in der Westbank ein Einkommen zu verschaffen. In diesem Projekt geht es um Aprikosen. Aprikosenbäume sollen gepflanzt und die Ernte vermarktet werden. Mit dem europäischen Geld sollen Setzlinge gekauft und ein Beratungsdienst mit palästinensischen Personal aufgebaut werden, der die Bauern in den kommenden fünf Jahren regelmäßig besucht und ihnen in allen konkreten Phasen das nötige landwirtschaftliche Wissen vermittelt. Das Projekt wird wahrscheinlich im August dieses Jahres beginnen, dann werden die Setzlinge an die Bauern verteilt.

Zwischenfrage: Wie ist das mit der Wasserversorgung? Israel hat die Möglichkeit, das Wasser abzuzapfen, wann immer es will. Gibt es eine Sicherung dafür, daß die Setzlinge gewässert werden?

Mit den technischen Details des Projekts habe ich mich nicht befaßt, da verlasse ich mich ganz auf den Träger. Das sind Landwirtschafts-Fachleute, und ich bin mir ganz sicher, daß die PARC-Leute sich das gut überlegt haben. Ich kann nur soviel sagen, daß die Aprikosenbäume in regenreicheren Gegenden angepflanzt werden. Das Projekt ist auf mehrere Dörfer in der Westbank verteilt, es ist also kein Großprojekt an einer einzigen Stelle. Die Wasserversorgung soll durch die Regenfälle gesichert sein, und Aprikosenbäume sind bekanntlich genügsam, sie kommen auch mit wenig Wasser aus.

Zwischenfrage: Meine Frage hat nichts mit Sympathie oder Antipathie für euer Projekt zu tun. Bei eurem ersten Projekt mit den Patenschaften sehe ich, daß es politische und soziale Auswirkungen nach hierher hat, auch wenn euer Partner eine professionelle und kompetente Organisation ist. Darin können sich Menschen hier direkt engagieren. Bei eurem zweiten Projekt aber, bei dem ihr euch auch einen potenten, erfahrenen Partner gesucht habt, um an EG-Gelder zu kommen, frage ich mich, warum ihr jemanden unterstützt, der schon kompetent ist und schon seine Kanäle zur EG hat, es eigentlich also ganz gut selbst machen könnte. Warum wird eine solche Organisation von einem kleinen Förderverein mit EG-Mitteln unterstützt? Die Außenwirkung einer solchen Unterstützung nach hier halte ich für relativ gering. Es geht mir nicht um das Projekt an sich, sondern was mir fehlt, ist der Aspekt, was ihr als Verein unter den Leuten hier in Berlin oder anderswo macht. Zweitens finde ich es immer ein bißchen schade, daß die, die ohnehin schon Erfahrungen haben und gute Arbeit machen, noch mehr bekommen, die kleinen und neuen dagegen nicht, weil sie noch nicht professionell genug sind. Wenn jemand die Möglichkeit schon hat, sich aus eigener Kraft Zuschüsse zu erschließen, dann soll er das gefälligst auch selbst tun. Wozu braucht er euch denn noch?

In diesem Fall kann ich ganz klar sagen, daß das Projekt nicht stattfindet, wenn nicht eine europäische NGO einen Teil der Kosten trägt. Grundsätzlich geht es für mich nicht unbedingt darum, wie ich es schaffe, möglichst viele Projektgruppen dort unten in die Arbeit aufzunehmen, sondern darum, wie ich garantieren kann, daß die finanzielle Hilfe, die von hier kommt, möglichst effektiv eingesetzt wird. Außerdem ist zu bemerken, daß dies ein Projekt für 200 Bauern ist, die nie selbst einen Antrag stellen könnten. Das war für uns letztlich maßgeblich. 200 Bauern mit ihren Familien, also sagen wir je acht Personen, das sind 1.600 oder noch mehr Menschen, die davon leben wollen. Für uns war dieser soziale Aspekt ausschlaggebend, nicht die Organisation, die das Projekt durchführt. Es sind Bauern mit 5.000 qm Land, mit dem sie sonst nicht viel anfangen können, weil sie Kleinbauern sind. Deshalb ist in unserer Diskussion die Entscheidung auf dieses Projekt gefallen.

Anschriften:

ECCP
POB 2100
CH-1211 Genf 20

ICCP
POB 127
CH-1211 Genf 20

In der anschließenden Diskussion ging es noch einmal um das Für und Wider der Unterstützung von einerseits traditionell und andererseits progressiv ausgerichteten Projekten sowie um gewisse Widersprüche in der Frage der Förderung für Großprojekte oder u.U. auch mehrerer Kleinprojekte. Im Ergebnis blieb die Diskussion bei einem Sowohl-als-auch.

Vereinigung israelischer und palästinensischer Ärzte für Menschenrechte (Association of Israeli and Palestinian Physicians for Human Rights, AIPPHR, kurz: PHR)

Das ist eine Gruppe von zunächst israelischen Ärzten, die sich 1987 zusammengetan und bei Besuchen in der Westbank und im Gaza-Streifen gesehen haben, daß die medizinische Versorgung dort völlig unzureichend ist und die Arbeit der Ärzte und der Krankenhäuser behindert wird. Im Jahr darauf, im März 1988, haben sie sich mit palästinensischen Ärzten zusammengetan und arbeiten seither stets gemischt. Zunächst ging es vor allem darum, den Krankenhäusern konkrete Hilfe aus Israel zukommen zu lassen. Es wurden auch gemeinsame politische Aktionen gemacht, bspw. eine Demonstration vor dem israelischen Verteidigungsministerium gegen das willkürliche Eindringen des Militärs in Krankenhäuser, das Kranke vom Tropf genommen und zu Verhören geschleppt hat usw. Die Ärzteorganisation gibt von Anlaß zu Anlaß, oft mehrmals im Monat news-letters heraus – wenn gewünscht, kann ich diese Berichte weitergeben. Der letzte kam nach dem Massaker im Mai und berichtet von einer enormen Zahl von Verwundeten im Gaza-Streifen, und daß der Gaza-Streifen völlig abgeriegelt war, auch keine medizinische Hilfe dorthingelangen konnte. Auch einer der Ärzte, der sechzigjährige Dr. Hashem Mohammed Abdul Habib verhaftet worden, weil er einen Verletzten versorgt hatte. Die Ärzteorganisation hat sich mit Protesten gegen beide Tatbestände an die entsprechenden Regierungsstellen gewandt und auch das Ausland alarmiert, über eine jüdische Ärzteorganisation in den USA., die fordert, daß die USA ihre Zahlungen an Israel einstellen, solange es dort Menschenrechtsverletzungen gibt. Diese Organisation hat auch die PHR in Israel schon besucht und verbreitet deren Berichte in den USA.

Vor kurzem wurde ein neunzehnjähriger Palästinenser kurz nach einer schweren Operation, bei der fünf Kugeln aus seinem Körper entfernt wurden, aus dem Krankenhaus heraus ins Gefängnis verlegt. Dagegen haben die PHR selbstverständlich protestiert.

Die Unterlagen werden auch stets an Amnesty international und an die WHO weitergeleitet. Im neuesten Bericht geht es um inhaftierte palästinensische Ärzte: Weshalb, wo und für wie lange sie inhaftiert sind.

Aus den PHR heraus hat sich ein öffentliches Komitee gegen die Folter in Israel gebildet. Wie gerade in den letzten Monaten bekannt wurde, gab es mehrere Todesfälle bei Verhören, die wohl kaum auf verbales Ausfragen zurückzuführen sind. In diesem Komitee arbeiten zum Teil die gleichen Person, die auch in der Ärzteorganisation tätig sind: Dr. Ruchama Marton, die Präsidentin der PHR, und Dr. Yehoyakim Stein, der PHR-Vorstandsmitglied ist, haben zusammen mit Hanna Friedmann von der Organisation für Menschen- und Bürgerrechte und mit dem Kriminologen Stanley Cohen das „Komitee gegen die Folter in Israel“ gegründet.

Dr. Stein wird im September in Europa sein, wir haben ihn auch nach Berlin eingeladen, wo er am 25.9. einen Vortrag hält. Ich bitte euch zu überlegen, ob ihr daran interessiert seid, daß Dr. Stein auch bei euch einen Vortrag hält. Ihr müßtet dann nur seine Fahrtkosten innerhalb Deutschlands,

nicht die ganze Reise bezahlen. Nach meinen Informationen hat er einige Tage Zeit für Deutschland.

Adresse: AIPPHR, Dr. Ruchama Marton, 5 Motzkin Street, Tel Aviv 622 88, Israel.

Forderungen der AIPPHR

1. Sofortige Freilassung aller Ärzte aus Administrativhaft und keine weiteren Inhaftierungen von Ärzten in der Zukunft.
2. Volle Bewegungsfreiheit für Ärzte und medizinisches Personal (Krankenwagen etc.) auch während der Ausgangssperre.
3. Die Genehmigung zur Ausrüstung von Krankenwagen mit Sprechfunkanlagen und die Erlaubnis für Ärzte im Gaza-Streifen, Sprechfunkgeräte bei sich zu tragen.
4. Die Genehmigung von Spenden in Form von voll ausgerüsteten Krankenwagen für den Gaza-Streifen.
5. Die Genehmigung und Vereinfachung der Prozedur, Spenden in Form von medizinischen Geräten, Medikamenten oder Fonds für medizinische Zwecke im Gazastreifen entgegenzunehmen.
6. Die Genehmigung medizinischer und anderer freiwilliger Arbeit in den staatlichen Krankenhäusern im Gazastreifen.
7. Den sofortigen Abzug der israelischen Truppen aus Krankenhäusern und ein Zutrittsverbot für bewaffnete Soldaten zu Intensivstationen, Operationssälen und Kliniken.
8. Die Beteiligung von medizinischem Personal aus dem Gazastreifen an Entscheidungen über Budgetfragen im Bereich der medizinischen Versorgung; desgleichen ist es über den Haushalt insgesamt in all seinen Aspekten zu informieren.
9. Die Überweisung von Krebspatienten in israelische Krankenhäuser zur Bestrahlung bzw. jeder anderen Behandlung, ohne Einschränkungen.
10. Die freie Teilnahme von Ärzten aus dem Gazastreifen an wissenschaftlichen Konferenzen im Ausland und in Israel sowie die Aufhebung der Restriktionsbestimmungen gegen sie.

Das öffentliche Komitee gegen Folter in Israel

13.12.1989

Ziele:

Das öffentliche Komitee wurde ins Leben gerufen, um gegen Folter als ein Mittel des Verhörs zu kämpfen. Physische wie auch psychische Folter wird von den Sicherheitskräften, der Militärpolizei und der Polizei praktiziert. Es gibt offensichtlich die Tendenz, die Existenz dieser Maßnahmen von offizieller Seite zu leugnen. Hauptziel des Komitees ist es, Tatsachen zu enthüllen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, um die bestehende Situation zu verändern. Wir sind der Ansicht, daß die Anwendung von Folter durch die Behörden die Grundlagen der Demokratie ruiniert, im Widerspruch zum Beweisrecht steht (demzufolge niemand gegen seinen freien Willen Zeugnis ablegen soll) und vom moralischen wie vom gesetzlichen Standpunkt aus einen kriminellen Akt darstellt.

Vorgehensweise:

Es ist natürlich sehr schwer, eindeutige Fälle von Folter zu finden. Wir müssen versuchen, solche Fälle zu finden, in denen es zusätzlich zu den Aussagen der Opfer Beweise gibt.

Wir beabsichtigen, legale Verfahren zu untersuchen, und hoffen, daraus Schlüsse ziehen zu können, welchen Einfluß Folterungen während der Vernehmung auf das endgültige Urteil haben.

Wir beabsichtigen, Nachrichten in Lokalzeitungen zu veröffentlichen.

Wir beabsichtigen, Parlamentsabgeordnete für unsere Ziele zu interessieren, um Gesetze und Verfahrensbestimmungen dergestalt zu ändern, daß die Anwendung von Folter sehr schwierig wird.

Wir beabsichtigen, mit wichtigen internationalen Organisationen Kontakt aufzunehmen, mit dem Hauptziel, die öffentliche Meinung im Ausland einzubeziehen.

Im Namen des Komitees: Professor Stanley Cohen (Kriminologe), Hannah Friedman (Organisation für Bürger- und Menschenrechte), Chaim Baram (Journalist), Ruchama Marton (Psychiater), Yehoyakim Stein (Psychiater)

Women's Organization for Political Prisoners (WOFPP)

Die Haltung der israelischen Friedens- und Protestbewegung den Palästinensern gegenüber war jahrelang zu paternalistisch. Man hat ihnen zu sagen versucht, was sie besser tun und was sie doch lieber lassen sollten. Nicht so die Frauenbewegung. Wir haben schon oft darüber gesprochen, daß seit Beginn der Intifada nicht nur die palästinensischen, sondern auch die jüdisch-israelischen Frauen ein besonders wichtiger Teil der Basis-Bewegung geworden sind. Sie sind der militanteste und am besten koordinierte Teil der Protestbewegung. Militant in dem Sinne, daß sie nicht nur mit einzelnen Palästinenserinnen, sondern auch mit palästinensischen Frauenorganisationen zusammenarbeiten. Militant auch in dem Sinn, daß sie die Möglichkeit haben, sehr viele Frauen zu mobilisieren, ohne sich selbst an ein detailliertes politisches Programm zu binden. Das ist etwas Neues in der israelischen Protestbewegung.

Die Protestbewegung der Frauen wird von niemandem kontrolliert. Von keiner Partei und Friedensliste. Es ist die tägliche Aktivität, die die Frauen mobilisiert. Sie sind gegen die Besatzung insgesamt. Sie sind solidarisch mit den Palästinensern, unabhängig von irgendeiner Ideologie oder einem politischen Programm. Sie haben ihre Aktivitäten aufgenommen, ohne zuvor einen bürokratische Organisation gegründet zu haben, mit genauen Statuten, wer wen repräsentieren darf und wer wie viele Stimmen hat, wie es beim gängigen Koordinationsmodell von Organisationen der Fall ist. Jetzt ist die Frauenbewegung mit all ihren Schattierungen die gefestigteste, d.h. die aktivste Bewegung.

Eine der Gruppen innerhalb der Frauenbewegung ist die WOFPP. Sie bringt Menschenrechtsverletzungen vor der Knesset, bei den israelischen Behörden und in der Presse und den anderen Medien zur Sprache und scheut auch vor riesigen Hindernissen und persönlichen Risiken und Gefahren nicht zurück. Die Frauen sind ohne Furcht für ihre Person. Sie riskieren viel, doch gemessen an den Leiden der gefangenen Frauen ist das wenig, und sie sind immer noch in der privilegierten Situation, herumfahren und ihre Stimme zu Gehör bringen zu können und damit praktisch etwas zu bewirken.

Die Gründerin der WOFPP ist Yael Oren. Die Organisation unterstützt politische Gefangene in Israel und hat drei Gruppen: eine in Tel Aviv, eine in Haifa und eine in Jerusalem. Die Gruppen halten Kontakt zu den Gefängnissen in der jeweiligen Gegend. Unser Ziel ist, durch Rechtsanwälte erste Kontakte zu politischen Gefangenen aufzunehmen. Inzwischen ist daraus ein ganzes Netz geworden, das schnelle Information gewährleistet, wenn eine Frau verhaftet wird. Unsere Fälle sind zu 99% inhaftierte Frauen. Inzwischen wurde eine Rechtsanwältin eingestellt, die versucht Kontakt aufzunehmen, was oft durch die israelischen Behörden verhindert wird. Wir versuchen, durch Öffentlichkeitsarbeit Folterungen bekanntzumachen, die bei den Verhören stattfinden. Auch prangern wir Menschenrechtsverletzungen gegen die Frauen in den Gefängnissen an. Durch Öffentlichkeitsarbeit haben wir schon ziemlich viel erreicht. Wir glauben, die Folterungen im Russian Compound in Jerusalem wurden deshalb gestoppt, weil so viele Briefe an die Gefängnisbehörden gesandt wurden.

Die Gruppe gibt monatlich eine news-letter heraus, in der sie über die neuen Gefangenen berichtet, wie sich die medizinischen Probleme darstellen, welche Probleme es aktuell in dem jeweiligen Gefängnis gibt, und es wird über entlassene Gefangene informiert. Es wird über Frauen berichtet, die vor oder mitten in ihrem Prozeß stehen, wie ihre Familiensituation ist etc. Die Gruppe hat auch sehr engen Kontakt zu den Familien der Gefangenen. Die news-letters sind auch im Gazastreifen sehr willkommen.

Neben den news-letters gibt die Gruppe auch ständig detaillierte Informationen über die Folterungen heraus und versucht dabei, sehr präzise zu sein, weil sie sonst selbst vor Gericht gestellt werden könnte. Inzwischen hat die Gruppe soviel Glaubwürdigkeit gewonnen, daß sie oft von israelischen Zeitungen zitiert wird. Aus demselben Grund erhält sie oft auch Anrufe mit Informationen für Veröffentlichungen.

Damit auch Sie hier immer auf dem neuesten Stand sind, haben sich zwei Frauen hier bereiterklärt, diese news-letter zu übersetzen. Wir suchen auch noch schnelle Ansprechpartner. Es gab z.B. ein Mädchen, dem im Gefängnis die Nase gebrochen wurde, und das lange auf eine Operation gewartet hat. Es hat zwei Jahre gedauert, bis sie operiert werden konnte. Wir haben eine Liste von Adressen, an die solche Briefe geschickt werden können.

Ich glaube, für eine richtige Mitarbeit ist es wichtig, daß man diese news-letter immer bekommt, damit man jeweils schnell reagieren kann. Die Gruppe hat die Erfahrung gemacht, daß ihre Öffentlichkeitsarbeit sehr geholfen hat. Z.B. werden ab und zu Frauen entlassen, ohne daß sie vorher davon wußten oder daß ein Prozeß stattgefunden hätte. Die Gruppe ist sicher, daß diese Entlassungen auch mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit zusammenhängen.

Adresse: WOFPP, POB 31 811, Tel Aviv/Israel, Tel. u. Fax: (00972-3-) 294 510

Frauenorganisation für Politische Gefangene (WOFPP), POB 31811, Tel Aviv

Wer wir sind und was wir tun

Die WOFPP ist eine in Tel Aviv angesiedelte Gruppe aktiver Frauen, die seit Mai 1988 zusammenarbeiten, um zu Frauen Kontakt zu halten, die sich im Zusammenhang mit der Intifada oder anderen Formen des Widerstands gegen die Besatzung in Haft oder Untersuchungshaft befinden, und ihnen juristische und humanitäre Unterstützung zu geben. Alle Häftlinge, die wir betreuen, befinden sich im Gefängnis Hasharon; die meisten Untersuchungshäftlinge werden vor ihrem Gerichtsverfahren entweder im Russian Compound (Russischen Gefängnis) in Jerusalem oder in den Untersuchungsgefängnissen in Jalame (Kishon) bzw. Ashkalon verhört.

Wir arbeiten auf freiwilliger Basis, gesammeltes Geld wird ausschließlich für Aktivitäten der Organisation verwendet. Bisher ist unsere Tätigkeit durch Spenden von Mitgliedern und von mit uns sympathisierenden Einzelpersonen und Gruppen in Israel und im Ausland ermöglicht worden, aber auch dadurch, daß ein Großteil unserer eigentlichen – humanitären, juristischen und medizinischen – Arbeit und die Verbreitung von Informationen unentgeltlich geleistet wird. Spenden werden für juristische Unterstützung genutzt, wenn in besonderen Fällen die unentgeltliche Hilfe nicht ausreicht oder wenn die Organisation einen regulären Rechtsbeistand braucht.

Auch spezielle Fonds zur Unterstützung der Familien der Gefangenen in besonderen Notsituationen sind eingerichtet worden. Außerdem wurde Geld zum Kauf von Büchern oder Zeitschriften für die Gefangenen verwendet sowie für medizinische Hilfe, falls sie nicht unentgeltlich organisiert werden kann.

Zu unseren Aktivitäten gehören regelmäßige Besuche (je nach den Regelungen der entsprechenden Haftanstalt täglich, wöchentlich oder monatlich) von zwei oder mehr Frauen in den Gefängnissen und Untersuchungshaftanstalten. In den Gefängnissen werden für die Familien der Gefangenen Informationen über ihren Gesundheitszustand und über juristische, soziale oder andere besondere Probleme zusammengetragen, um die man sich kümmern muß. Einige dieser Probleme werden direkt und unentgeltlich gelöst, z.B. die Bereitstellung von Kleidung, zusätzlicher Nahrung, Medikamenten, Literatur etc. Andere werden an Rechtsanwälte, Rechtshilfe- oder

Menschenrechtsorganisationen weitergeleitet. In manchen Fällen ist besonderes Engagement notwendig. Meist ist starker Druck nötig, um die Gerichtsverfahren in Gang zu bringen und zu beschleunigen. Andere Probleme werden durch Appelle an die Gefängnisbehörden, die verantwortlichen Ministerien und durch Öffentlichkeitsarbeit angegangen.

Viele Probleme – die Freilassung von unrechtmäßig Inhaftierten, gynäkologische Behandlungen, die Aufdeckung von Folterungen und der Druck, daß sie eingestellt werden, um nur einige zu nennen – erfordern eine Kombination aller uns zur Verfügung stehenden Mittel: an verschiedene Institutionen zu appellieren, Erlaubnisse einzuholen, Amtswege einzuhalten usw., freiwilliges medizinisches und juristisches Personal zu beschaffen, Petitionen zu verbreiten, Mahnwachen zu halten, Pressemitteilungen an die Tageszeitungen zu geben, Telegramme und Briefe an bekannte Persönlichkeiten zu verschicken. Im Lauf der Zeit haben wir auch die Erfahrung gemacht, daß es oft notwendig war, erst einmal herauszufinden, wo sich verschiedene inhaftierte Frauen befanden, denn deren Familien werden oft gar nicht über den Ort ihrer Haft informiert. Manchmal wußten die Familien nicht einmal, daß ihre Schwestern, Töchter o.ä. inhaftiert wurden bzw. sich in Untersuchungshaft befinden. Auf die Initiative verschiedener Frauen hin haben sich daneben auch Projekte „außer der Reihe“ entwickelt, etwa die Patenschaft für Gefangene, Briefwechsel mit ihnen, direkte Unterstützung für ihre Familien oder die Übernahme von Patenschaften für Kindergärten im Gazastreifen und die Bereitstellung von Mitteln zu ihrem Unterhalt.

Seit unsere Aktivitäten zugenommen haben und wir Bedarf für weitere Unterstützung haben, geben wir ein monatliches Nachrichtenblatt auf Englisch heraus. Wir betrachten es als eine politische Aktivität, Informationen an eine breitere Öffentlichkeit zu geben, und wir hoffen, daß diese in ihren jeweiligen Ländern und in Israel Druck ausübt und gegen die Mißachtung elementarer Menschenrechte in dieser Region protestiert. Da allem Anschein nach auch kein Ende dieser katastrophalen Politik in Sicht ist, nimmt unsere Arbeit unglücklicherweise ständig zu.

Deshalb wären wir Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie Wege fänden, uns zu helfen. Ihre Spenden können Sie direkt auf unser Bankkonto in Tel Aviv überweisen: WOFPP, Account # 260643, Bank Hapoalim, Branch 532, 3 Daniel Frisch Street, Tel Aviv 64078, Israel.

Wir informieren Sie auch gern über die Verwendung Ihrer Spenden, wenn Sie an diesen Angaben interessiert sind.

Telefon und Fax: 00972-3-294510

April 1990

Säuglingsnahrungsprojekt des deutsch-palästinensischen Frauenvereins

Es dürfte bekannt sein, daß die Mehrheit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten arm ist und unter steigenden finanziellen Nöten leidet. Alle in den besetzten Gebieten erhältliche Kindernahrung wird importiert und ist zu teuer. In vielen Fällen ist sie vom ernährungswissenschaftlichen Standpunkt aus wertlos. Als Resultat dieser Bedingungen gibt es eine hohe Rate von Falsch- und Unterernährung mit der Folge hoher Krankheitsanfälligkeit.

Das Ziel des Projektes ist es, lokal erhältliche Zutaten zu verwenden, wie Kichererbsen und Vollkornmehl, und durch die beste Kombination deren Proteingehalt in der zu produzierenden Baby-nahrung zu erhalten. Das Produkt, *Saha*, ist einfach und billig. Die Aufbewahrung ist problemlos, und die Mütter benötigen nur einige Minuten für die Zubereitung.

Bereits im Herbst 1988 begann eine Gruppe von vier Frauen mit der Produktion von *Saha*. Die Palestinian Federation of Women's Action Committees (WAC) sorgte für einen Raum mit Wasseranschluß und Elektrizität. So war es möglich, die erste kleine Produktion zu starten. Alles, was die Frauen produzieren, wird durch die Mutter-Kind-Kliniken in den verschiedenen Gebieten der Westbank verkauft. Diese Säuglingsnahrung wird sowohl von den Müttern als auch von den Kindern ak-

zeptiert. Die angestrebte Produktion dieser Babynahrung ist den spezifischen Nährgehalten der Milch weit überlegen. Deswegen ist sie eine gute Quelle für Proteine, besonders für Familien mit niedrigem Einkommen, die sich kein teures tierisches Protein leisten können.

Aufgrund des Erfolgs des Pilot-Projekts beabsichtigt die WAC, ein Schwester-Projekt im Gazastreifen zu gründen. Frauen, die daran interessiert sind, an diesem Projekt mitzuarbeiten, sind bereits gefunden. Sie werden von den Frauen angelernt, die schon *Saha* produzieren. Wenn die Finanzierung sichergestellt ist, sieht die WAC keine Probleme für die Zukunft. Dieses Projekt soll Arbeitsplätze für sechs Frauen schaffen. Die Arbeiterinnen werden an Planung und Management der Produktion beteiligt. Profite werden zu einem gewissen Prozentsatz als Gehälter verteilt. Außerdem wird Geld in einen Investment-Fonds und in einen Sozialfonds eingezahlt. Etwaige Überschüsse werden zur Unterstützung anderer WAC-Aktivitäten verwendet.

Für dieses Projekt wollen wir BMZ-Mittel beantragen. Da die eigentlichen Projektkosten mit 20.000 Dollar sehr gering sind und so nicht vom BMZ akzeptiert würden, wird der Antrag noch um ein Transportmittel erweitert. Unser Problem ist dann wieder der Eigenanteil, den wir für das Gesamtvolumen aufbringen müssen.

Wir arbeiten auch an der Vorbereitung eines Diabetes-Vorsorge-Projekts. Dies soll ein Vorsorgeprogramm in Form einer mobilen Klinik mit einem Team von Ärzten und Krankenschwestern werden. Auch für dieses Projekt sind wir auf Hilfe und Unterstützung zum finanziellen Eigenanteil angewiesen.

Talitha Kumi, Berliner Missionswerk

Statt einer Vorstellung hier Auszüge aus einem Bericht von Annekatriin Gehring, Deutschlehrerin in Talitha Kumi (erschienen in: Im Lande der Bibel, 1/1990, Hrsg. Berliner Missionswerk)

Schüler in der Intifada: Den Tod vor Augen

Gestern, Sonntag den 5. November, ist Nidal Sa'adeh aus Talitha Kumi (10. Klasse) in Bethlehem schwer angeschossen worden, drei „Dum-dums“ in den Rücken. Es hieß erst, er sei tot; aber er ist im israelischen Hadasah-Krankenhaus in Jerusalem und hat die Operation gut überstanden.

Mich erreichte die Nachricht, daß er verwundet ist, gegen 11 Uhr in Beit Sahour, wo ein Friedensgebet war. Die Meldung kam aus mehreren Quellen. Ich habe eine Bekannte angerufen, die in der Nähe des Ortes des Geschehens, der Madbas (Platz vor der Weihnachtskirche), wohnt. Sie war völlig aufgelöst und meinte, er sei wahrscheinlich tot, da die Soldaten seinen Körper mitgenommen hätten. Wie sich später herausstellte, hatten Frauen versucht, ihn zu verstecken, aber dann schossen sie auf die Frauen... Ich habe fürchterlich geweint. Ich hatte immer die Bilder vor Augen, wie er 24 Stunden vorher noch mit dem Goethe-Kurs im Deutschraum saß. Wir haben über ihre Deutschlandreise im kommenden Jahr gesprochen. (...) Für die Jungs, die – wie Nidal – im Gefängnis saßen, befürchten wir Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Ausreisegenehmigung, aber Nidal machte sich keine Sorgen, er meinte: „Nein, Miss, ich bin noch klein.“ Ich habe ihm dann lachend den Unterschied zwischen „klein“ und „jung“ erklärt. Er ist ja erst 15 Jahre alt.

Ach, mit diesen Bildern vor Augen bin ich, um ihn zu suchen, zu Miss Aida (...) gefahren. Sie war nicht in Talitha Kumi. Sie war natürlich auch völlig schockiert. Wir haben im Krankenhaus angerufen, in der Basa (Militärverwaltung) – ohne Erfolg. Inzwischen hatte sich Herr Tews, wieder zurück in Talitha Kumi, gemeldet, der von Miss Yvonne die Todesnachricht gehört hatte. Miss Aida und ich sind dann nach Talitha Kumi gefahren, wo Herr Tews inzwischen Herrn Zabaneh angerufen hatte, der direkt neben der Familie Sa'adeh wohnt. Von ihm erfuhren wir, daß Nidal lebt, daß sie ihn ins Hadasah-Krankenhaus gebracht haben und er gerade operiert würde. Unsere Freude war riesig – und bei mir näherte sich der nächste hysterische Anfall, aus Verzweiflung über die

perverse Situation: Wir lachen und freuen uns, weil er nicht tot ist, sondern „nur“ von drei „Dum-dums“ schwer verwundet! Den Rest des Tages haben wir mit Bangen und Warten verbracht. Aber die Operation verlief gut. Heute nachmittag habe ich Nidal im Krankenhaus besucht. Ich mußte gleich wieder heulen, als ich ihn so schwächling in seinem Bett liegen sah. Der Magen und der Unterleib waren übel zerfetzt, die Operation hatte viele Stunden gedauert. Er wird künstlich ernährt, hat verschiedene Katheter und eine Sauerstoffmaske, die er zum Sprechen zwischendurch absetzt. Er konnte ganz gut sprechen, war aber natürlich sehr, sehr schwach. Er ist inzwischen in einem normalen Krankenzimmer und wird gut versorgt. Es gibt Ärzte und Pfleger, von denen einige arabisch sprechen, die sich um ihn kümmern. Und es sitzt kein Soldat bei ihm, wie sonst in solchen Fällen üblich. Seine Mutter oder sein Vater dürfen bei ihm übernachten, und er bekommt viel Besuch.

Er hat erzählt, daß er nichts gemacht hätte, aber als die Soldaten ihn anriefen, daß er herkommen solle, hätte er vor einer erneuten Verhaftung solche Angst bekommen, daß er abgehauen sei. Genau in so einer Situation ist er nämlich vor Monaten verhaftet worden, weil er keinen Ausweis vorzeigen konnte. Den bekommt man erst mit 16. Er wurde später ohne Anklage und Kommentar entlassen. Aber wie schrecklich diese vier Monate im Dhahariyye-Gefängnis für diesen 15jährigen Knaben gewesen sein müssen, kann ich mir vorstellen, seitdem er aus Angst weggelaufen ist. Dann erzählte Nidal weiter, er sei plötzlich wie Superman (seine Worte) durch die Luft geflogen – da hatten sie ohne Vorwarnung von hinten auf ihn geschossen. Dum-dums, die Einschüsse im Rücken waren sauber, das Zerstörungswerk war im Vorderleib.

Die Soldaten haben ihn sofort zum Jeep geschleift, er hat mir die Schürfwunden an seinen Unterarmen gezeigt. Das heißt ja wohl, daß sie ihn an den Beinen gezogen haben müssen... Und dann sind sie mit ihm zur Basa gefahren, und dort hat er eineinhalb (!!!) Stunden blutend rumgelegen, bis er, wie er erzählte, plötzlich ganz klar vor Augen sah, daß er sterben würde. Er sagte es so: „Ich hatte keine Angst, Miss, ich war glücklich, weil ich fühlte, daß alles bald zu Ende war. Ich sah klar, daß ich zu Gott kommen würde. Ich war nur traurig wegen meiner Mutter und meines Vaters.“ Und dann hat er zu einem Soldaten gesagt, daß er jetzt sterben würde und daß dieser doch Vater und Mutter grüßen solle. Erst dann haben sie sich bequem, ihn ins Hadasah zu bringen... Am Krankenbett traf ich seine Mutter und seinen Vater. Sein Vater mußte dauernd zur Krankenhausverwaltung, weil er sich weigerte zu bezahlen. Der Vater meint: „Die Armee hat ihn zu Unrecht verletzt, und sie hat ihn hierher gebracht. Soll doch die Armee bezahlen.“ Im Krankenhaus ist jeder Beweis verschwunden, daß Nidal von der Armee gebracht wurde. Sie haben dem Vater sogar gesagt, daß er selbst seinen Sohn hergebracht hätte. Der hat ihnen deutlich gemacht, wie bar jeder Logik dieses Vorgehen wäre, wenn er als Palästinenser seinen Sohn, der just von der israelischen Armee fast zerfetzt worden ist, in ein jüdisch-israelisches Krankenhaus bringen würde.

Dann heute morgen in der Schule. Ich hatte in der ersten Stunde Deutsch mit Nidals Klasse. Ich bin sehr früh in die Schule gegangen. Es war noch vor der Morgenandacht. Die Mädchen saßen alle rum und weinten, die Jungen bemühten sich verzweifelt um Haltung, und ich stand vor ihnen und habe auch angefangen zu weinen. ... Ich habe in ihm „nur“ den 15jährigen Jungen gesehen, der Angst hatte vor den Soldaten, daß sie ihn wieder festnehmen, und der weggelaufen ist. Einen Jungen, der – ohne etwas zu tun – von hinten angeschossen wurde (in der Jerusalem Post hieß es, daß er maskiert war, aber das stimmt nicht, wie mehrere unabhängige Augenzeugen bestätigen).

Und ich bin nicht palästinensisch genug, um zu sehen, daß er sein Blut für Palästina vergossen hat. Daß er nicht der letzte ist, bringt mich noch mehr zum Weinen. Wie viele sollen denn noch verwundet werden oder sterben, bis endlich Frieden ist?

Diskussion vom Sonntag, 1. Juli 1990

Ich weiß, daß die Forderung nach Koordinierung naheliegt, aber ich halte ich auch nichts davon, wenn ein erheblicher Teil unserer Energien in die Koordination investiert wird und das Ergebnis dann nicht unseren Wünschen entspricht. Andererseits gibt es die der UNO angegliederte Koordinationsstellen in Genf, die sich darum bemühen. Ich glaube, es macht wenig Sinn, mehrere Koordinationsgremien einzurichten. Ich würde deshalb vorschlagen, die vorhandenen zu nutzen, ehe wir uns hier die Mühe machen, eine Koordinationsstelle einzurichten.

Mir scheint diese NGO-Koordinationsstelle in Genf doch auf einer sehr hohen Ebene zu liegen und sehr bürokratisch zu sein. Es geht mir nicht darum, etwas auf so hoher Ebene zu machen, sondern im Einzelfall wirklich mitzukriegen, was getan wird. Wir wollen ja wirklich nur konkrete Sachen machen, z.B. dringende Aufrufe oder ähnliches. Die NGO-Koordinierungsstelle in Genf ist sehr abgehoben.

Genf ist auch sehr schwierig, weil dort v.a. Französisch gesprochen wird, was wir meist nicht können. Wir brauchen ja auch nicht unbedingt eine Riesenorganisation, es reicht ein Verteiler. Wenn z.B. irgendjemand aus Israel kommt und die Berliner Gruppe es weiß, könnte man frühzeitig an alle Gruppen im Bundesgebiet schreiben und nachfragen, ob ein Interesse besteht. Das hat Alisa Fuss z.B. bei Gideon Spiro gemacht, und es ging prima. Die Gruppen könnten sich dann solche Veranstaltungen eher leisten, man müßte dann nicht die Gesamtkosten übernehmen, sondern nur einen Teil, und 200 DM können sich die einzelnen Gruppen eher leisten als 2000 DM. Es müßte nur irgendwo eine Stelle geben, die die eingehenden Nachrichten weitergibt.

Die meisten von uns erhalten wahrscheinlich das Palästina-Bulletin. Dadurch erfährt man immer wieder von Veranstaltungen – nicht immer rechtzeitig, das stimmt. Aber das könnte man ja vielleicht ändern und die Informationen ausbauen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß beim DIAK (Deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten), zusammen mit der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, eine sog. Referentenbörse existiert. Wie gut sie funktioniert, kann ich nicht sagen. Doch im Einzelfall funktioniert sie. Darauf könnte man auch zurückgreifen, bzw. sie einbauen.

Seit Jahren reise ich zu Veranstaltungen, Kongressen etc. und immer wieder erlebe ich Probleme mangelhafter Koordination. Ich bin deshalb dafür, daß wir, PalästinenserInnen und JüdInnen zusammen, eine Charta ausarbeiten, und dafür in ganz Europa genug Menschen finden, die sie unterschreiben, so daß wir eine gesamteuropäische Gruppe bilden können. Das Sekretariat sollte dann jährlich von einem Land übernommen werden. Ich weiß, daß Strukturen scheußlich sind, aber sie sind einfach wichtig, denn der Gegner ist stark. Es ist mir wurscht, wie die Gruppen zusammengesetzt sind, es geht nur darum, daß Leute wirklich etwas tun wollen.

Für den größten Teil unseres Informationsbedarfs würde es meiner Ansicht nach ausreichen, wenn jeder von uns über eine Liste der Palästina-Gruppen in der BRD verfügt – es sind vielleicht zehn bis zwanzig. Wer eine Information hat, dem müßte es doch möglich sein, ein Flugblatt an zwanzig Adressen zu verschicken.

Nach meinen Erfahrungen mit Basisgruppen haben sie viel Kraft vergeudet, weil sie viel Arbeit jeweils nur für sich gemacht haben. Nur Organisationen wie Greenpeace, die ganz straff durchstrukturiert sind, funktionieren auf längere Sicht. Ohne Struktur geht jede Gruppenarbeit früher oder später zugrunde.

Nach dem Vorschlag, das Bildungswerk in Berlin zum Ansprechpartner zu machen, habe ich mit Helmut Adamaschek gesprochen, und er ist der Meinung, das Bildungswerk könne wohl als Adresse genutzt werden, aber die Arbeit können sie dort nicht machen. Es ginge nur, wenn wir aus der Berliner Gruppe zwei oder drei Leute dafür hätten.

Wenn z.B. Presseerklärungen herausgegeben werden, dann könnte das eine Gruppe für alle anderen mit machen. Oder wenn eine Gruppe zu einer Frage Leserbriefe verfaßt, könnte sie sie an alle anderen weitergeben. Die Arbeit wäre dann nur einmal zu tun, aber sie hätte einen viel größeren Effekt. Protestaktionen müssen blitzschnell laufen, und man muß wissen, wer sofort mitmacht. Man könnte auch die anderen über politische Aktionen informieren, ob sie nun mitmachen oder nicht. Was man in einer Gruppe erarbeitet, muß man weiterreichen können – es ist gut und ermutigend zu wissen, daß eine Aktion nicht nur für den Augenblick und den kleinen Ort Bedeutung hat. Und wenn beispielsweise jemand übersetzen kann, sollten auch die anderen davon profitieren können.

Ich würde eine Anlaufstelle hier unterstützen. Ich glaube jedoch, daß dazu eine feste Anstellung nötig ist. Denn um etwa Protestaktionen zu organisieren, muß man hier im Büro sein, und zwar regelmäßig. Was die Frage der NGOs angeht, meine ich, man sollte sich in Genf erkundigen, wie eine Koordination aussieht. Ich meine auch, wir sollten uns als NGO eintragen und dies hier als Koordinationsstelle angeben. Dann könnten wir vielleicht auch zusätzliche Mittel aus Genf bekommen. Aber das ist ein längerfristige Sache.

Ich habe nicht gemeint, daß Aktionen von Berlin oder anderswo aus organisiert werden. Es geht mir vielmehr darum, daß sie eigentlich einfach zu koordinieren sind. Wenn z.B. die Münchner Gruppe eine Veranstaltung macht, dann rufen sie in Berlin und anderswo an und informieren darüber, daß eine bestimmte Person nach München kommt und ob auch andere daran interessiert sind und sich beteiligen wollen. Das habe ich mit „wenig Aufwand“ gemeint, nicht große Sachen wie diese Tagung hier.

Das eine schließt das andere ja nicht aus. Jede Gruppe soll für sich entscheiden, wen sie einlädt und wie sie das notwendige Geld aufbringt. Dann kann sie den Referenten an interessierte Gruppen weiterreichen. Dann muß nur dieser Verteiler mit den Adressen der Gruppen vorhanden sein. Für Blitzaktionen muß man wissen, welche Gruppe dafür ansprechbar ist. Deshalb sollte jede Gruppe hier sagen, was sie leisten kann. Dann braucht man keine größere Struktur.

Wir sollten uns aber auch überlegen, ob wir nicht auch gemeinsam Referenten einladen.

Die Münchner Gruppe würde sich bereiterklären, diese Aufgabe zu übernehmen. Doch das bringt einen gewissen finanziellen Aufwand mit sich, und wir sollten einen Fonds haben, aus dem Briefmarken, Telefonate etc. finanziert werden. Wenn ihr wollt, ist das ein Vorschlag von uns.

Ich mache den Vorschlag, daß jede hier anwesende Gruppe heute schon einen gewissen Betrag in die „Portokasse“ gibt, wenn die Münchner Gruppe die Arbeit übernehmen will. Es soll endlich mal losgehen!

Die Sache mit der Referentenbörse ist wichtig, aber nur ein Teil unserer Arbeit. Unsere Hauptaufgabe ist die Öffentlichkeitsarbeit. Ich finde den Vorschlag der Münchner Gruppe löblich, aber mit der Portokasse ist es längst nicht getan. Wir haben hier in Berlin die Möglichkeit, und die sollten wir uns nicht entgehen lassen.

Wäre es nicht möglich, die Arbeit in zwei Bereiche zu unterteilen? Einerseits die Vermittlung von Referenten in München und andererseits die laufenden Informationen hier in Berlin? Oder sich zusammensetzen und herauszufinden, was alle Gruppen leisten können, damit nicht eine Gruppe überlastet ist?

Ich möchte klarstellen, daß ich mich nicht als „Referentenschieber“ sehe. Wir müssen uns darüber im klaren sein, welche gemeinsamen Punkte wir in unserer Arbeit haben. Mir geht es darum, wie wir diese Gesellschaft hier beeinflussen können mit unserer politischen Arbeit. Ob ein Referent kommt, ist für *meine* politische Arbeit nicht interessant. Ich kann nicht erwarten, daß jemand aus Israel/Palästina kommt, um unsere Arbeit hier zu machen. Daß Referenten kommen, gehört dazu, aber das allein kann nicht unsere Arbeit sein.

Ich glaube, die konkrete Projektarbeit ist sehr wichtig für eine ideologisch-politische Arbeit. Ohne konkrete Basisarbeit hat Ideologie in der Politik keinen Sinn. Das eine schließt das andere nicht aus, es muß zusammengehen. Für mich ist die palästinensisch-jüdische Zusammenarbeit außerordentlich wichtig, und wir müssen ihr eine Struktur zu geben versuchen. Ich möchte, daß wir uns in Kürze wieder treffen und dann auch die Gruppen aus Holland, Belgien und Norwegen einladen, um eine Charta auszuarbeiten und das alles zu forcieren. Mir ist es wichtig, daß man in Europa und Amerika erfährt, daß es hier einen Dachverband gibt.

Soll das bedeuten, daß unsere jetzige Arbeit keine Zusammenarbeit ist?

Es ist eine Zusammenarbeit, aber sie ist unstrukturiert und schwerfällig. Die Frankfurter haben diese Zusammenarbeit immer unterdrückt und unterbunden.

Es ist wichtig, Leute einzuladen, aber es bleibt eine Farce, wenn wir selbst nicht dazu beitragen, daß sich die Gesellschaft hier, Juden, Deutsche und wer auch immer, verändert. Referenten können die Sache nur kompensieren, aber nicht die politische Arbeit übernehmen.

Helmut Adamaschek: Das Bildungswerk kann als Postadresse fungieren, es heißt dann eben „Koordinationsstelle für Palästina-Israel, c/o Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz“. Rein rechtlich kann das Bildungswerk die eigentliche Arbeit aber nicht übernehmen, da wir eine öffentliche Einrichtung wie etwa die Volkshochschule o.ä. sind. Wir sind keine politische Organisation. Es würde dann einfach ein Fach eingerichtet, und jemand müßte kommen, um die Post zu erledigen.

Mein Vorschlag wäre, daß wir hier in Berlin beginnen, aber daß die Personen, die da mitarbeiten, sich in Genf darum bemühen, Gelder dafür zu bekommen. Wir müßten uns dann darüber verständigen, ob wir in den UNO-Verband aufgenommen werden wollen.

Beschluß: Die Koordinationsstelle wird in Berlin eingerichtet.

Die Stellen in Genf haben nicht viel Geld, aber die darin organisierten NGOs bekommen zum Teil aus den Haushalten ihrer Länder Geld. Man sollte sich also nicht wegen des Geldes dort eintragen lassen, sondern um als NGO dabei zu sein.

Genf hat verlangt, daß jedes Land eine Koordinationsstelle einrichtet. Bisher wird der deutschsprachige Raum von der österreich-arabischen Gesellschaft mitgetragen.

Wir haben in Berlin zwei Übersetzerinnen, doch sie können nicht alles machen. Es ist also wichtig zu wissen, wer noch übersetzen könnte. Die übersetzten Sachen würden wir dann hier kopieren und weiterverteilen.

Wenn wir uns jetzt bundesweit koordinieren, wäre es dann nicht möglich, sich für die Anerkennung der palästinensischen Botschaft in Bonn einzusetzen?

Diese Frage kommt sehr plötzlich. Sie müßte überlegt werden. Ich glaube nicht, daß wir das jetzt hier klären können. Wir werden sie bei der ersten Post, die wir verschicken, aufnehmen und um Vorschläge bitten.

Ich komme noch einmal auf den Vorschlag der politischen Zusammenarbeit mit anderen europäischen Gruppen zurück. Ich halte es für sehr wichtig, daß das Protokoll dieser Tagung ins Englische übersetzt wird, damit diese anderen europäischen Gruppen informiert sind.

Um eine gesamteuropäische Arbeit zu erreichen, müssen wir uns zunächst einmal hier in Deutschland verständigen!

Gibt es noch weitere Vorschläge für die Öffentlichkeitsarbeit?

Wir haben in München aus der Not eine Tugend gemacht. Nach dem „blutigen Sonntag“ haben immer wieder Leute bei mir angerufen, die etwas tun wollten. Wir haben daher etwas ausprobiert und eine Mahnwache aufgestellt. Das lief sehr gut. Wenn man mit Schildern mit Parolen an bestimmten Plätzen in der Stadt steht, macht das Eindruck. Bei uns in München lief es so gut, daß wir beschloßen haben, das einmal im Monat zu tun. Immer am ersten Freitag im Monat, das ist leicht zu merken. Solche Aktionen könnte man vielleicht bundesweit machen.

Wir von der Bonner Gruppe haben eine solche Aktion zum Internationalen Frauentag gemacht und festgestellt, daß der organisatorische Aufwand enorm war.

Ich weiß nicht, wie es in anderen Städten ist, in München war es kein Problem, eine Genehmigung zu erhalten. Es ist aber ratsam, die Aktion frühzeitig anzumelden. Ich habe z.B. schon für Juli und August reservieren lassen. Der Nachteil bei uns in Bayern ist, daß der Anmelder der Veranstaltung auch deren Leiter und anwesend sein muß.

Mein Vorschlag geht in die gleiche Richtung. Wir haben hier in Berlin bei der Aktion zum Internationalen Frauentag keine guten Erfahrungen mit den Medien gemacht. Wenn wir uns auf eine gemeinsame Aktion einigen, könnten wir die Presse informieren, daß die Aktion in vielen Städten stattfindet – dann wäre das Presse-Echo wahrscheinlich stärker.

Ich persönlich bin für diese Aktionen, doch hier in Berlin gibt es auch Stimmen, die sagen, man sollte die Aktionen der „Frauen in Schwarz“ in Israel nicht nachmachen.

In der folgenden Diskussion über diese Aktionen votierten einzelne Frauen für „mit Männern“ oder für „ohne Männer“, doch letztlich einigte man sich darauf, daß jede Gruppe über die Gestaltung und den politischen Inhalt solcher Aktionen selbst entscheidet.

Was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, möchte ich noch sagen, daß wir hier in Berlin sehr schlechte Erfahrungen mit der Presse gemacht haben. Wir haben bisher weder bei der Tages- noch bei der überregionalen Presse etwas erreichen können. Anscheinend klappt das nur, wenn man/frau persönliche Kontakte zu bestimmten RedakteurInnen hat. Deshalb ist es sehr wichtig, uns untereinander darüber auszutauschen, wer solche Kontakte besitzt. Anders kommen wir nirgendwo hinein. Die Tendenz in der Berichterstattung ist doch nach wie vor so, daß über die Zustände in Israel/Palästina entweder gar nichts oder aber verzerrt und verstümmelt berichtet wird.

Ellen Harms (Rohlf's): Ich habe einen persönlichen Freund im Südwestfunk, Hans Elster, durch den ich das Interview mit Felicia Langer vermittelt habe. Außerdem habe ich mich bei der Zeit, der Frankfurter Rundschau, bei der taz und beim Spiegel nach den zuständigen RedakteurInnen erkundigt. Die taz war sofort bereit, auch die FR, und auch die Zeit war nicht abgeneigt – dort ist ein Herr Gsteiger zuständig.

Ich meine, jede Gruppe sollte nach ihren örtlichen Gegebenheiten entscheiden, was am sinnvollsten ist, ob es nun Pressearbeit oder Aktionen wie Mahnwachen sind. Die Koordinationsstelle sollte

in meinen Augen dafür da sein, die einzelnen Gruppen schnell zu informieren, wenn etwas aus Israel/Palästina an uns herangetragen wird. Zur Arbeitserleichterung sollten alle Gruppen ein Übersichtsblatt mit ihren Pressekontakten machen und hierherschicken.

Für Köln möchte ich sagen, daß unsere Öffentlichkeitsarbeit eine gewisse Sogwirkung auf die Presse hatte. Wenn gewünscht, könnte ich einen entsprechenden Erfahrungsbericht machen.

Am Ende einer kontroversen Diskussion über datenschutzrechtliche Probleme bei den Adressenlisten wurde einstimmig beschlossen, daß die Adressen *vertraulich* behandelt werden.

Des weiteren erklärten sich die TeilnehmerInnen damit einverstanden, daß die Koordinationsstelle in Berlin zunächst aus Alisa, Achmed, Kirsten, Michal und Ruth bestehen wird, die als AnsprechpartnerInnen fungieren. Es wurde beschlossen, ein eigenes Konto für die Koordinationsstelle einzurichten, über den Mitgliedsbeitrag der einzelnen Gruppen und Privatpersonen soll später entschieden werden. Vorgeschlagen wurden 50 DM für Gruppen und 10 DM für Einzelpersonen.

ANHANG

Pressemitteilung der Jüdischen und der Nahostgruppe Berlin am 21.5.1990

Die Symbolik ist treffend: Ein Mann in Uniform schießt mit einem Schnellfeuergewehr in eine Gruppe von palästinensischen Arbeitern, die an einer Sammelstelle südlich von Tel Aviv auf die Weiterfahrt zu ihren Arbeitsplätzen warten. Er tötet, mit voller Absicht, acht Menschen und verletzt weitere zehn. Eine solche Gewalttat ist nicht aus evtl. persönlichen Motiven eines einzelnen zu erklären. Eine solche Tat wird ermöglicht durch die politische Atmosphäre, wie sie von rechtsradikalen Politikern wie Shamir geschaffen und von einem großen Teil der israelischen Bevölkerung geduldet wird.

Wenn israelische Extremisten für den Mord an einem Araber lediglich mit fünf Monaten Haftstrafe auf Bewährung rechnen müssen, während gleichzeitig ein arabischer Junge, der sich mit Steinen gegen die Besatzungsmacht zur Wehr setzt, sieben Jahre Gefängnis erhält, so ist das eine eindeutig parteiische, diskriminierende Rechtsprechung!

Die politische Landschaft in Israel ist geprägt von Hetztiraden gegen Palästinenser. Es bestehen gute Aussichten dafür, daß die politische Führung des Staates Israel demnächst Ministern überlassen wird, die sich offen für den Transfer der palästinensischen Bevölkerung oder für deren Unterdrückung aussprechen. Das schafft die Basis für derartige Morde.

Die mit Recht empörten Palästinenser, die sich gegen diese Unterdrückungspolitik wehren, mußten ihren Widerstand auch heute wieder, bis zum Morgen des 21.5.1990, mit acht weiteren Todesopfern und Hunderten von Verletzten bezahlen.

Die Eskalation von Gewalt und Unrecht darf nicht weitergetrieben werden! Wir unterstützen alle Gruppen in Israel, die gestern spontan vor dem Gebäude des Ministerpräsidenten protestierten, in ihren Forderungen, die Hetz- und Gewaltpolitik zu beenden und einen Weg der friedlichen Koexistenz einzuschlagen.

Erstunterzeichner:

Irene Dische, Helga Engelke, Klaus Eschen, Prof. Ossip K. Flechtheim (Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte), Jane Hartmann-Zeilberger, Osama Hashem, Lilli Johansson, Alisa Fuss (Vizepräsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte), Michal Kaiser, Soraja Koziner, Nikolaus Kuhnert, Maya und Eli Kupferberg, Marianne Leyser, Merve Lowien, René Manu, Michael Markovicz, Dr. Peter Meyer, Ramadan Mohammad, Peter Moses-Krause, Mathil und Dr. Tawfik Nwaiser, Robin Ostow, Michael Riese, Anat Sieff, Hella Stern, Tom Strauss, Fritz Teppich, Susanne Thillmann, Nea Weisberg-Bob.

